

„Was uns bewegt – Jugendliche und Landespolitikerinnen und Landespolitiker im Gespräch“

Themen und Anliegen Jugendlicher in Baden-Württemberg



Abschlussbericht zur Auswertung der Regionalkonferenzen und
des Jugendlandtags in Baden-Württemberg 2014/2015

Prof. Dr. Paul-Stefan Roß
Nicole Saile

„Was uns bewegt – Jugendliche und Landespolitikerinnen und Landespolitiker im Gespräch“

Themen und Anliegen Jugendlicher
in Baden-Württemberg

Abschlussbericht zur Auswertung der Regionalkonferenzen und des
Jugendlandtags
in Baden-Württemberg 2014/2015

September 2015
Zusammenfassender Ergebnisbericht
Im Auftrag des Landtags Baden-Württemberg

IfaS - Institut für angewandte Sozialwissenschaften
Steinbeis-Transferzentrum an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Stuttgart
Rotebühlstraße 131
70197 Stuttgart
info@ifas-stuttgart.de
www.ifas-stuttgart.de



Institut für angewandte Sozialwissenschaften

Alle Rechte bleiben dem Auftraggeber vorbehalten!

Inhaltsverzeichnis¹

VORWORT	5
1. „WAS UNS BEWEGT – LANDESPOLITIKERINNEN UND LANDESPOLITIKER IM GESPRÄCH“	5
2. DIE REGIONALKONFERENZEN	6
2.1 Methodische Erläuterung	6
2.2 Themen und Anliegen Jugendlicher.....	8
2.2.1 Bildung.....	8
2.2.2 Infrastruktur und Lebensqualität.....	12
2.2.3 Öffentlicher Nahverkehr.....	13
2.2.4 Freizeit.....	15
2.2.5 Zivilgesellschaft und Politik.....	16
2.2.6 Integration und Flüchtlingspolitik	20
2.2.7 Umwelt.....	22
2.2.8 Weitere Themen	23
3. DER JUGENDLANDTAG.....	25
3.1 Rahmenbedingungen und Beteiligte.....	25
3.1.1 Zeitlicher Ablauf und Orte des Jugendlandtags.....	25
3.1.2 Zeitmanagement und Organisation	27
3.1.3 Die Jugendlichen und ihre Zugänge.....	28
3.1.4 Die beteiligten Minister und Abgeordnete.....	29
3.1.5 Die Organisatoren und das Moderatorenteam	31
3.2 Inhalte und Themen des Jugendlandtags.....	31
3.2.1 Flüchtlingspolitik	32
3.2.2 Integrationspolitik.....	33
3.2.3 Schulpolitik	33
3.2.4 Hochschulpolitik bzw. Ausbildungen.....	34
3.2.5 Mobilität	35
3.2.6 Jugendpartizipation.....	36
3.2.7 Europa	37
3.2.8 Ehrenamt bzw. ehrenamtliches Engagement.....	38
3.2.9 Umweltpolitik	38
3.2.10 Gesellschaft.....	39
3.3 Atmosphäre, Beteiligung und Zusammenarbeit	40
3.3.1 Atmosphäre im Jugendlandtag.....	40
3.3.2 Beteiligung, Motivation und Engagement der Jugendlichen	41
3.3.3 Zusammenarbeit mit den Politikern und Haltung der Politiker	43
4. DIE BESCHLUSSVORLAGE	46



Vorwort

1. „Was uns bewegt – Landespolitikerinnen und Landespolitiker im Gespräch“

„Demokratie lernt man am Besten, wenn man sie praktiziert“ (Landtagspräsident Wilfried Klenk). Dieser bezeichnenden Aufforderung folgten rund 100 Jugendliche als Delegierte aus den baden-württembergischen Landkreisen zum Jugendlandtag 2015 nach Stuttgart. Dem vorausgegangen waren seit dem Frühjahr 2014 31 Regionalkonferenzen in 22 Landkreisen Baden-Württembergs, an denen insgesamt rund 2200 Jugendliche teilnahmen.

Im Projekt „Was uns bewegt – Jugendliche und Landespolitikerinnen und Landespolitiker im Gespräch“ standen Anliegen, Themen und Perspektiven der Jugendlichen in den Landkreisen im Vordergrund. Ziel war es, diese mit den Politikerinnen und Politikern auf Landesebene in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Baden-Württembergs in sogenannten Regionalkonferenzen diskutieren zu lassen. Die Zahl, der in den beteiligten Landkreisen durchgeführten örtlichen Veranstaltungen, sowie die Veranstaltungsformate waren recht unterschiedlich und wurden jeweils von verschiedenen Institutionen, wie Schulen, Offene Jugendarbeit und Landratsämter durchgeführt. Vertreter und Vertreterinnen aus dem Landtag, Landräte und Landrätinnen sowie weitere Vertreter und Vertreterinnen der Kommunalpolitik diskutierten mit den Jugendlichen in den Regionalkonferenzen die Themen, Wünsche und Forderungen der Jugendlichen. Die Ergebnisse aus den lokalen und regionalen Veranstaltungen wurden gebündelt, im Jugendlandtag zusammengetragen, dort weiter bearbeitet und schlussendlich als Positionspapier an die Politik übergeben. Hauptsächlich aus dem Umfeld der Regionalkonferenzen wurden 100 Jugendliche delegiert, die dann der Einladung zur Abschlussveranstaltung, dem Jugendlandtag, folgten und die Themen und Interessen der jeweiligen Jugendlichen in den Landtag einbrachten.

2. Die Regionalkonferenzen

2.1 *Methodische Erläuterung*¹

Ausgangsbasis der Auswertung ist das umfangreiche Datenmaterial von 31 Regionalkonferenzen, die zwischen dem 07.05.2014 und dem 03.07.2015 in baden-württembergischen Landkreisen durchgeführt wurden. Teilgenommen haben insgesamt knapp 2.200 Jugendliche sowie Abgeordnete aus den jeweiligen Landkreisen. Insgesamt wurden bei den Konferenzen 100 Jugendliche zwischen 13 und 20 Jahren in 63 Interviews befragt. Eine Auflistung der einbezogenen Veranstaltungen bzw. der Verteilung der tatsächlich befragten Jugendlichen befindet sich im Anhang.

Da in den am Projekt beteiligten Landkreisen die Zahl der jeweils durchgeführten örtlichen Veranstaltungen recht unterschiedlich war und sich auch die konkreten Veranstaltungsformate deutlich voneinander unterschieden, wurde die Erhebung der Daten nicht im Sinne einer standardisierten, wissenschaftlichen Studie durchgeführt, sondern basiert auf Interviews und Gesprächen mit den Jugendlichen im Rahmen der Konferenzen, die sorgfältig dokumentiert wurden. Zurückgegriffen wird auf umfangreiches Datenmaterial, das aus selektiven Transkriptionen und Volltranskriptionen der Interviews und Gespräche besteht sowie aus Beobachtungsprotokollen der Konferenzen, die von externen BeobachterInnen erstellt wurden. Erfasst wurden dabei Rahmen, Struktur, Themen und Stimmung der jeweiligen Regionalkonferenz. Die Fragen in den Interviews orientieren sich an vorgegebenen Leitfragen. Somit können Aussagen zum selben Sachverhalt in der Ergebnisauswertung miteinander verglichen werden. Die Interviews aus Leutkirch und Wangen im Allgäu lagen für die Auswertung als inhaltliche Zusammenfassung vor.

Die Aufgabe der Interviewführung, deren Transkription und das Beobachten an Hand der Rahmen- und Beobachtungsprotokolle waren Aufgaben des Landesjugendrings und seiner Mitarbeitern. Das Material wurde dann dem ‚Institut für angewandte Sozialwissenschaften‘ zur Auswertung übermittelt.

Die Interviews wurden in Anlehnung an die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Hierbei wurde in einem ersten Schritt das gesamte Spektrum der angesprochenen Themen herausgearbeitet und zu den Themen Kernaussagen herausgefiltert, die die Tiefe und Ausdifferenziertheit der Themen, sowie die Meinungen und Standpunkte der jugendlichen Teilnehmer hervorheben. Zur Veranschaulichung wurden Schlüsselzitate in den Bericht eingearbeitet. Aufgrund besserer Lesbarkeit wurden die Zitate dem Schriftdeutsch angepasst und dialektgefärbte Begriffe entsprechend ersetzt.

¹ Die methodische Erläuterung bezieht sich auf die Regionalkonferenzen in den Landkreisen.

Die Darstellung der Ergebnisse zeigt keine statistische Auswertung und Mehrheitspositionen. Sie verdeutlicht den Umfang und die Tiefe des Themenspektrums, mit denen sich die Jugendlichen in den unterschiedlichen Konferenzen befasst haben und zeigt die vielfältigen Positionen, die eingenommen wurden. Durch die unterschiedlichen Veranstaltungsformate (Diskussionsrunden, Workshops; Themen waren vorgegeben oder wurden selbst eingebracht; unterschiedliche Häufigkeit in den Landkreise etc.) können nur bedingt Aussagen in Bezug auf die Wertung und Priorisierung der Themen getroffen werden.

Folgende Themenschwerpunkte haben sich in den Regionalkonferenzen herauskristallisiert:

- Bildung
- Infrastruktur und Lebensqualität
- Öffentlicher Nahverkehr
- Freizeit
- Integration und Flüchtlingspolitik
- Zivilgesellschaft und Politik
- Umwelt

Der Aufbau des Kapitels ‚2. Regionalkonferenzen‘ orientiert sich einerseits an den den jeweiligen Bereichen zuzuordnenden Teilthemen und Problemlagen, andererseits an der aufeinander aufbauenden Frageführung in den Interviews. Folgende Fragen, in dargestellter Reihenfolge, wurden wenn möglich, den Jugendlichen gestellt:

1. Welche Themen und Anliegen sind für euch in eurer momentanen Lebenssituation von Bedeutung?
2. Bei welchen dieser Themen und Anliegen müsste aus eurer Sicht etwas passieren?
3. Welche konkreten Ideen und Vorschläge hättet ihr, was passieren müsste?
4. Welche Ideen und Vorschläge würdet ihr der Politik gerne mitteilen?

Die Auswertung beinhaltet die Einschätzung und Meinung der jugendlichen Teilnehmer der Regionalkonferenzen. Es wurden keine Forderungen, Statements und Tatsachenbehauptungen seitens der Akteure aus der Politik, des Landesjugendrings oder des Wissenschaftsteams aufgenommen. Auch auf kommentierende Stellungnahmen des Wissenschaftsteams (z.B. zu sachlich möglicherweise unkorrekten Aussagen der Jugendlichen) wurde bewusst verzichtet.

Bei Zitaten ist jeweils der Ort der zugehörigen Regionalkonferenz angegeben.

Die Reihenfolge der Themen in dieser Ausarbeitung bildet keine Schwerpunktsetzung im Sinne einer wissenschaftlichen Erhebung.

2.2 Themen und Anliegen Jugendlicher

2.2.1 Bildung

„Bildung ist der Werkzeugkasten jedes Einzelnen, die Schule hilft uns diesen zu füllen.“

(Künzelsau)

Das Thema Bildung wurde in allen Konferenzen thematisiert. Hier kristallisierte sich Kritik und Gesprächsbedarf in Bezug auf das Schulsystem und die Inhalte des Unterrichts heraus. Der Übergang Schule – Ausbildung und Schule - Studium wurden ebenfalls stark in den Blick genommen.

Schulsystem

Vor allem das Schulsystem und die damit verbundenen Veränderungen und Entwicklungen in den letzten Jahren waren Inhalte nahezu aller Regionalkonferenzen. *„Ich finde gerade ist ein ziemliches Chaos was bei uns in Baden-Württemberg so abgeht. G8, G9, Grundschulempfehlung gibt es nicht mehr und mit den Gesamtschulen und so“* (Rottweil). Deutlich ist festzustellen, dass es in diesem Zusammenhang Jugendlichen an Informationen und Hintergründe fehlt, die sie gerne haben wollen. *„Weil ich mit der Situation im Moment, dass zum Beispiel die Gesamtschule eingeführt werden soll, ziemlich unzufrieden bin und ich das auch nicht verstehen kann“* (Rastatt). Fraglich ist, ob die befragten Jugendlichen zwischen Gesamt-, Verbund- und Gemeinschaftsschule unterscheiden können oder aufgrund ihnen fehlender Informationen hier Verwechslungen aufgetreten sind. Fakt ist jedoch, dass das Thema der neuen Schulformen kontrovers diskutiert wurde. So vertraten viele die Ansicht, dass das bisherige dreigliedrige Schulsystem *„Realschule, Gymnasium und Hauptschule ... gut aufgeteilt“* (Rastatt) war. Sie haben Bedenken, dass Qualität der schulischen Bildung darunter leidet. *„Das deutsche Schulsystem hat doch so einen guten Ruf, wieso soll man was ändern? Ich bin bald fertig mit der Schule, aber ich würde meine Kinder nicht auf eine Gemeinschaftsschule schicken, weil ich glaube dass da andere Bildungsstandards unterrichtet werden“* (Künzelsau).

Schwierigkeiten sehen die Jugendlichen darin, die unterschiedlichen Bildungsniveaus unter einen Hut zu bringen, und fragen an, ob die Lehrer den Anforderungen der Gemeinschaftsschule gewachsen sind. Einig waren sich die Jugendlichen in dem Punkt, dass auch bei den neuen Formen noch Nacharbeitungsbedarf besteht. *„...ich würde mir auch wünschen, dass die Politik weiter arbeitet und nicht nur sagt sie wollen eine Gemeinschaftsschule, sondern hier auch für angemessene Formen sorgt“* (Freiburg). Im Zusammenhang mit dem Bildungsniveau und der Qualität der Bildung wurde der Wegfall der Grundschulempfehlung kritisch betrachtet. *„Durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung leidet das Leistungsniveau am Gymnasium; aufs Gymnasium gehen*

jetzt auch die, die vielleicht auf der Realschule besser aufgehoben sind, und dann leidet die Qualität der Bildung" (Offenburg).

Eine klare Botschaft der Jugendlichen war die Forderung, die zu vollen Stundenpläne wieder mehr zu entzerren. *„Also was die Schule angeht bin ich zum Beispiel überhaupt nicht zufrieden, weil ich zum Beispiel 37 Stunden die Woche Schule hab und eigentlich auch gerne so Fächer wie Kunst weitergemacht hätte aber dann eine 39 Stunden Woche gehabt hätte und das ist halt einfach dann doch ein bisschen hart. Und dann ist es ja nicht so, dass man heimkommt und fertig ist sondern dann muss man auch noch viel lernen und theoretisch auch Hausaufgaben machen" (Rastatt).* Die von den Jugendlichen formulierte zeitliche Belastung hat Auswirkungen auf ihr Freizeitverhalten. So schildern einige, dass eine Teilnahme am Vereinsleben, vor allem gegen Ende der Schulzeit, kaum mehr möglich ist: *„Da bleibt nicht mehr so viel Zeit dann für Verein. Ich bin jetzt zum Beispiel im DLRG aktiv und andere sind ja auch zum Beispiel in solchen allgemeinnützigen Vereinen und da bleibt einfach viel auf der Strecke" (Rastatt).* In Bezug auf das G8 kommt diese Belastung deutlich zur Sprache. *„Besonders betrifft uns momentan der Unterschied zwischen dem G8 und dem G9-Gymnasium. Vor allem, weil durch das achtjährige Gymnasium weniger Zeit für ehrenamtliches Engagement bleibt“ (Wangen im Allgäu).* Hier erhoffen sich die betreffenden Jugendlichen in Zukunft wieder die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9; bzw. sollte *„zumindest für alle die Möglichkeit da sein, auf ein entsprechendes berufliches Gymnasium zu wechseln“ (Wangen im Allgäu).*

Unterricht

Zentrale Themen der Jugendlichen waren hier die Unterrichtsinhalte und die Vermittlung des Schulstoffs. Die Lehrpläne sollen entrümpelt und überarbeitet werden.

Kritisch betrachtet wurde der konfessionsbezogene Unterricht. *„...dass das immer so bezogen ist auf die Bibel. Ein bisschen einseitig ist das halt" (RK Rottweil; Interview A; Z 21f).* *„Man sollte eher so was über sozialkritische Themen machen und solche Sachen" (Rottweil).* In Baden-Baden wurde das Thema ‚neutraler Religionsunterricht‘ zunächst kontrovers diskutiert. Weitgehend Zustimmung fand unter den Jugendlichen die Forderung nach Ethikunterricht an allen Schulen. Auch Jugendliche aus Bad Friedrichshall forderten, mehr Toleranz im Bildungsplan aufzunehmen und Ethikunterricht ab der 1. Klasse einzuführen: *„Ich denke, es ist eben wichtig den Ethikunterricht, wenn man ihn denn ab Klasse eins einführen sollte, auch entsprechend der Klassenstufe zu gestalten, z.B. dass man in der ersten und zweiten Klasse noch spielerisch an die Sache ran geht, dass man Vertrauensübungen macht, die moralischen Stufen einfach erarbeitet und die Kinder sich dann weiterentwickeln können, in Begleitung mit den Lehrer und dann kann das ja auch komplexer werden in den oberen Klassen" (Bad Friedrichshall).* Sie erhoffen sich hier eine

gute Aufklärung über andere Kulturen, damit so Ängste gegenüber Fremden genommen werden und Toleranz gefördert wird.

Viele Jugendliche plädierten dafür, dass Bildungspläne praxisnah und mit Bezug zum Alltag gestaltet werden. *„Zum Beispiel nach dem Schulabschluss jetzt, also nach der Mittleren Reife, gehen viele in eine Ausbildung und so und die müssen dann zum Beispiel Versicherungen abschließen ja oder Überweisungsbögen ausfüllen und das wissen die meisten gar nicht so richtig, wie das geht“* (Ilsfeld). In Waldshut vertraten die Jugendlichen die Meinung, dass Lehrpläne an ihre Lebenswelten und die aktuellen gesellschaftlichen Begebenheiten angepasst werden sollten und formulierten dies wie folgt: *„Die Lehrpläne sollten an unsere Lebenswelt angepasst sein. Und an die Veränderung in der Gesellschaft. Ich mein, wieso sollte es keinen Islamunterricht und solche Sachen geben in Deutschland?“* (Waldshut)

In Künzelsau sprachen sich die Jugendlichen dafür aus, dass ein Pflichtfach „Lebensgrundlagen“ eingeführt werden soll. Mögliche Inhalte könnten sein: Kochen, Versicherungen, Steuererklärungen. Die Kritik an abstrakten Unterrichtsinhalten wurde an vielen Stellen laut. Den Blick auf die Alltagsnähe in Bezug auf Übergang Schule und Beruf formulierten Jugendliche in Künzelsau folgendermaßen: *„... wir brauchen trotzdem noch viel mehr unternehmerisches Handeln an Schulen. Es gibt zwar die Schülerfirma an der kaufmännischen Schule in Öhringen. Aber das sollte viel mehr in normalen Gymnasien unterrichtet werden. Wir müssen doch wissen wie man ein Unternehmen gründet und wie man als Unternehmer handelt“* (Künzelsau).

Ein weiterer Aspekt der Unterrichtsgestaltung ist, dass Unterricht individuell gestaltet werden soll. *„Was wir mit Individualisierung meinen ist eigentlich, dass man im Lernprozess mehr auf die Individuen eingeht, d.h. dass jeder auch individuelle Förderung bekommt, seinem Können entsprechend“* (Bad Friedrichshall).

Arbeitsklima und Ausstattung

Eine wichtige Rolle für ihren Lernerfolg spielt für Jugendliche auch das Arbeitsklima und die Ausstattung an der Schule; *„dass die Leute zusammen in eine Klasse kommen, die gut miteinander auskommen. Bei uns wurden halt alle Klassen wild zusammengemischt und da ist es ja klar, dass es ständig Streit gibt“* (Ilsfeld). Eine Lösung sehen die Teilnehmer im Ausbau der Sozialarbeit an Schulen, die zwar vorhanden sei, aber deren Kapazität laut den Jugendlichen oftmals nicht ausreicht. *„Da gibt’s extrem große Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen. Also es sind immer so Cliquen sozusagen und so zwischen einander versteht man sich halt nicht gut. Und dann sagen die halt auch immer so siebte Klasse hört es mit Sozialpädagogen auf, aber eigentlich würde ich sagen, bräuchte man das fast bis zur zehnten Klasse“* (Ilsfeld). Ebenso wichtig wie das soziale Miteinander an der

Schule ist für Jugendliche die (technische) Ausstattung: *„Bei uns an der Schule ist es mir wichtig, dass wir eine gute technische Ausstattung haben, momentan ist das eine Katastrophe, es ist gerade so schlimm, dass wir nicht mal in jedem Klassenzimmer einen funktionierenden Tageslichtprojektor haben“* (Konstanz). Ebenso geht es um Sicherheit und Ausbau der Räume: *„Mich beschäftigt jetzt grad auch die Schulrenovierung. Unsere Schule ist so schlecht ausgebaut und jetzt im Winter saß ich mit drei Jacken im Unterricht und hab mir sogar eine über die Beine gelegt, weil die Heizung nicht tut. Oder auch die Sportausstattung ist so schlecht, die Geräte sind so alt und das ist ja dann auch gefährlich, weil man sich schneller verletzen kann auch“* (Offenburg).

Lehrkräfte

Im Zusammenhang mit der Qualität des Unterrichts sehen Jugendliche auch die Qualifizierung der Lehrkräfte. Einige Jugendliche vertreten die Meinung, dass die Ausbildung der Lehrkräfte zu verbessern sei *„und dass auch in der Ausbildung zum Lehrer mehr auf den pädagogischen Aspekt gesetzt wird und nicht nur auf die fachliche Kompetenz. So werden Lehrer nur auf weiterführende Mathematik beispielsweise vorbereitet, aber nicht auf den Umgang mit Schülern“* (Bad Friedrichshall). Lösungsvorschläge diesbezüglich sehen die Jugendlichen in der Mitbewertung angehender Lehrkräfte durch die Schüler oder auch in einer unangekündigten Lehrprobe.

Abschlüsse und der Übergang in die Ausbildung

Jugendliche wünschen sich mehr Informationen in Bezug auf die Berufswahl und den Berufseinstieg. Kritisiert wurde an vielen Stellen der Mangel und die Qualität der Informationen sowie die Qualität der Berufsberatung als Dienstleistung. *„Das Problem ist, dass viele gar nicht um ihre Möglichkeiten wissen. Hierbei haben wir gesagt, dass es Hefte von der Bundesagentur für Arbeit gibt, die total unnützlich sind. Hier sollte es ein besseres Angebot geben. Vielleicht sollte man es auch sprachlich einfach ein wenig anpassen. Wir finden, dass die Berufsberater nicht gerade ihre Arbeit gut machen. Sie kennen sich leider selber nicht so gut aus. Wenn Gespräche stattfinden, dann googeln sie es schnell. Das könnten wir auch machen. Zudem hat man zu wenig Zeit mit ihnen zu reden“* (Aalen). Zusätzlich müsse es eine bessere Vernetzung zwischen den Schulen und der Berufsberatung geben. Teilnehmer aus Schönau beschrieben hier das „Kümmerer“-Projekt, bei dem Jugendliche bis zu ihrer Berufsfindung betreut und beraten werden. Sie wünschen sich, dass dieses wieder eingeführt wird. Weitere Lösungsmöglichkeiten werden diesbezüglich in einem praxisnahen Unterricht und in der Einführung einer Fächerwahl nach Interessen gesehen. *„Für die Schule, eine Fächerwahl nach Interessen. Das wäre mal sinnvoll. Und halt mehr Praxisbezug, bzw. einfach mehr Praktika insgesamt in der Schule,*

damit man einfach auch weiß, was es alles gibt.“, „dass wir irgendwie Perspektiven geboten kriegen und nicht mit Angst aus der Schule rausgehen, weil wir nicht wissen, was jetzt kommt“ (Weingarten).

Studium

Bezogen auf das Studium sehen junge Menschen Handlungsbedarf in der Vorbereitung darauf und dem Zugang dazu, *„dass man vielleicht grad die Anforderungen an die einzelnen Studiengänge einfach ein bisschen runter schraubt, weil es ist ... hart, in einen Studiengang rein zu kommen oder eben besser drauf vorzubereiten in der Schule. Speziell jetzt, wenn man Medizin studieren will, dass man dann vielleicht bisschen mehr auf Bio oder so achtet“* (Ettlingen). Es werden Schwierigkeiten in der Umgewöhnung von vorgegebenen Strukturen, Inhalten und Unterricht in der Schule hin zum selbstbestimmten und selbstverantwortlichem Lernen im Studium gesehen. Hier wird der Wunsch geäußert, die gymnasiale Oberstufe dahingehend anders zu strukturieren und vermehrt das Studienprinzip und selbstverantwortliches Lernen in den Fokus zu stellen.

2.2.2 Infrastruktur und Lebensqualität

Die Abwanderung vom ländlichen Raum in die Ballungsräume beschäftigt betroffene Jugendliche sehr. *„Man muss das Land für uns schon attraktiv machen, sonst gehen wir irgendwann alle in die Großstädte“* (Künzelsau). Auf vielen Konferenzen im ländlichen Raum kam dies zur Sprache. Zugleich wurden konkrete Ideen formuliert. Hauptsächlich die Verbindung nach „Außen“ wurde als Knackpunkt gesehen. Jugendliche benannten konkret zwei Punkte: das Internet als Verbindung und die Verkehrslage bzw. Verkehrsanbindung. Der Öffentliche Personennahverkehr wurde dabei besonders hervorgehoben; er wird unter 2.2.3 gesondert behandelt.

Internet

Vor allem in den ländlich gelegenen Regionen war der Ausbau des Breitbandanschlusses ein Thema, wie sich in der folgenden Aussage eines Jugendlichen widerspiegelt: *„Ja das es nicht sein kann, dass man im hintersten Teil von Indien, dass man da schnelles Internet hat. Aber in einem zivilisierten Deutschland bzw. Baden-Württemberg, haben wir das nicht, wo doch viele Regionen ohne schnelles Internet hier überhaupt nicht mehr überleben können“* (Rottweil). In vielen Raumschaften sei die Anbindung an das schnellere Netz noch nicht weit vorangeschritten. Zusätzlich zur schnelleren Verbindung sehen viele Jugendliche in den Regionalkonferenzen den Bedarf in sogenannten Hotspots und fordern, mehr öffentliche Plätze mit öffentlich zugänglichen Internetverbindungen auszustatten.

Verkehrslage

„Das Verkehrsnetz muss ausgebaut werden, vor allem die Umgehungsstraße, damit es bei uns vor dem Haus nicht mehr so laut ist (LKWs). Die Sicherheit der Kinder ist in Gefahr“ (Markdorf). Die Sicherheit im Straßenverkehr und die Sanierung bzw. der Ausbau von Straßen ist vielen Jugendlichen ein Anliegen. In einzelnen Regionalkonferenzen wurde konkret der Wunsch nach einer Umgehungsstraße (Schramberg, Markdorf) laut. Auf der anderen Seite wurde von vielen Jugendlichen die Umsetzung von Baustellen bemängelt. „Das ist überall furchtbar mit den Straßen (...) Viel zu viele Baustellen auch. Rottweil, da ist alles zu mit Baustellen, da kommst gar nicht durch“ (Schramberg).

Von einigen Jugendlichen wird die Parkplatzsituation, vor allem an Bahnhöfen bemängelt. Stark frequentierte Stadtteile sollen nach Einschätzung der Jugendlichen vermehrt auf die Parkplatzsituation geprüft werden. Es wurden mehr Park & Ride – Parkplätze gewünscht, um der Verkehrsproblematik vorzubeugen. Weitere genannte Aspekte waren die Sanierung und der bessere Ausbau von Radwegen, die Instandhaltung der Buswartehäuschen und Haltestellen sowie die barrierefreie und behindertengerechte Gestaltung der Bahnhöfe.

2.2.3 Öffentlicher Nahverkehr

„Ich konnte meinen Ausbildungsplatz nicht annehmen, den ich unbedingt machen wollte, weil ich ihn mit den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht erreichen konnte ohne morgens um 4 loszufahren, das ist schon echt uncool“ (Künzelsau).

Hauptsächlich in den Regionalkonferenzen im ländlichen Raum sind Mobilität und die Verkehrsanbindung Themen der Jugendlichen. Jugendliche haben das Bedürfnis, sich frei und in ihrem Rahmen, unabhängig von Eltern, bewegen zu können. Dazu gehört es auch, kostengünstig und möglichst flexibel von einem Ort zum anderen zu kommen. Kritisiert wurde vor allem der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Er ist zentrales Fortbewegungsmittel für Jugendliche und vor allem in Bezug auf Schule und Nutzung von Freizeitmöglichkeiten nicht wegzudenken. Die Anbindung, Taktung, Verlässlichkeit und Preisgestaltung spielen dabei eine große Rolle. Stark kritisiert wird hier die Gesprächs- und Handlungsbereitschaft in den Kommunen vor Ort. Dies wird von den Jugendlichen mehrfach wie folgt beschrieben: „Im Grunde ist es schon das Thema öffentlicher Nahverkehr. Wir werden da auch von den Erwachsenen nicht ernst genommen. Wenn wir ins Rathaus gehen und sagen die Züge fahren schlecht, reagieren die kaum drauf. Das gleiche ist der Fall, wenn man zur Bahn geht. Die sagen dann auch, sie können da nichts machen“ (Pforzheim). Das ist mit ein Grund dafür, warum Jugendliche das Thema in den Regionalkonferenzen an die Adresse der Landespolitik richten. Überregionale Konzepte und Vorgaben an die Verkehrsunternehmen und Verbände sind Wunsch vieler Jugendlicher.

Fahrplangestaltung und Anbindung

Ein zentraler Aspekt für viele Jugendliche ist die Fahrplangestaltung, die Anbindung und die Abstimmung zwischen den Verkehrsunternehmen. In städtischen Randgebieten und dem ländlichen Raum besteht laut Jugendlichen Handlungs- und Nachholbedarf.

Vor allem im ländlichen Raum bringt der ÖPNV in Bezug auf Fahrt- und Schulzeiten lange Wartezeiten mit sich. Jugendliche aus Markdorf bemängeln: *„Wir müssen morgens vor Schulbeginn und nachmittags nach Schulende immer ca. 30-40 Minuten auf den Bus warten“* (Markdorf). Sie regen an, die Fahrtzeiten mit den Stundenplänen abzustimmen. Ein zusätzlicher Knackpunkt ist dann gegeben, wenn unterschiedliche Verkehrsunternehmen, zum Beispiel landkreisübergreifend, tätig sind. Hier fehle es an Absprachen und gemeinsamen Konzepten. Jugendliche fordern, *„dass man halt guckt, dass das besser zusammen passt. Es wäre besser es wäre ein großer Verkehrsbetrieb anstatt viele verschiedene kleine. Ja das halt eine bessere Abstimmung stattfindet“* (Rottweil). Ein weiteres Problem ist die Verlässlichkeit der Fahrpläne. Busse kommen zu spät oder fahren früher als angegeben ab, was wiederum Auswirkungen auf die Anschlussverbindung und den Unterrichtsbesuch hat: *„Wir müssen uns eben auf die Busse verlassen können, also dass die eben kommen wenn's auf dem Plan steht. Weil manchmal kommen die Busse auch zu früh und dann komm ich eine Stunde zu spät in die Schule“* (Künzelsau).

Neben der Abstimmung auf die Schulzeit stellt auch die Taktung der Busse und Bahnen in der Nacht für junge Menschen, die außerhalb der Ballungsräume leben, ein Problem dar. *„Nachtbusse wären auch wirklich gut“* (Künzelsau), wurde hierbei von Jugendlichen aus Künzelsau vorgeschlagen. Weiter sprachen sich Jugendliche für einen noch stärkeren Ausbau des Nahverkehrsnetzes unter Einbeziehung der Bedarfe der Jugendlichen aus, damit Ziele regelmäßiger und vermehrt auch in den Abend- und Nachtstunden angefahren werden.

Preisgestaltung

Die Fahrpreise im ÖPNV empfinden einige Jugendliche zu hoch und im Vergleich zum Privat-PKW nicht angemessen, wie folgende zwei Aussagen deutlich machen: *„Die Fahrpreise von der Bahn, wenn's da irgendwelche Ermäßigungen gäbe für Schüler und Studenten. Also es gibt jetzt zwar diese Schoolcard, aber damit können wir nur im KKV Gebiet fahren und wenn man jetzt innerhalb von Baden-Württemberg fahren will muss man 25 Euro zahlen fürs Baden-Württemberg-Ticket und das als Schüler und wenn man dann so wie ich nur 30 Euro Taschengeld im Monat hat, bleibt dann halt nicht viel übrig.“* (Rastatt); oder: *„das ist nicht billiger öffentlich zu fahren, wie mit dem Auto. Und in unserem Alter sich ein Auto zu leisten, wenn wir dann 18 sind, dass ist leider auch nicht praktikabel“* (Rastatt) - im Besonderen, wenn Schulstandort und Wohnort nicht im selben Verkehrsverbund liegen. Lösungsvorschläge wurden in verschiedenen Konferenzen andiskutiert. Vorgeschlagen

wurde, Familienrabatte einzuführen und Schülerrabatte außerhalb der Schulzeit auszubauen und zu fördern. Des Weiteren können sich Jugendliche gut vorstellen, vermehrt auf Anrufsammelbusse zurückzugreifen oder regionale Mitfahrangebote zu nutzen. Diese sind jedoch in vielen Fällen vor Ort noch nicht bekannt oder noch gar nicht präsent. Die Forderung nach Nachtbussen hatte in vielen Regionalkonferenzen, vor allem im ländlichen Raum, eine Bedeutung.

2.2.4 Freizeit

Jugendliche verbringen den größten Teil ihrer Freizeit mit Freunden, Gleichaltrigen oder in Vereinen. Thematisiert wurden Freizeitmöglichkeiten in beinahe allen Regionalkonferenzen. Dabei kristallisierten sich zwei Schwerpunkte heraus. Neben Aktivitäten und Veranstaltungen für Jugendliche wurden als Weiteres Örtlichkeiten, die als Treffpunkte dienen, kontrovers diskutiert. Die Gestaltung der Freizeit spielt für Jugendliche eine zentrale Rolle und spiegelt ein Stück Lebensqualität und Identifikation mit dem Heimatort wieder. *„... , weil irgendwann haben wir dann keine Lust mehr hier in Baden-Baden zu leben und dann ziehen wir auch weg in ne Großstadt, wo halt mehr für uns los ist. Und ja, also deswegen sollte schon jemand mal was machen“* (Baden-Baden).

Aktivitäten und Veranstaltungen für Jugendliche

Oftmals wurde von den Jugendlichen der Wunsch geäußert, die Möglichkeiten und Angebote im Freizeitbereich zu verbessern und auszubauen. Hier spielt bei vielen die Ortsnähe und Erreichbarkeit der Angebote eine entscheidende Rolle. Jugendliche wünschen sich allgemeine Angebote wie Kino, Schwimmbad, Ausgehmöglichkeiten, die für sie erreichbar sind. *„Wenn man halt irgendwo hin will, muss man schon kilometerweit fahren, dann ist es halt schon blöd mit den Busverbindungen, dann muss man halt immer gucken, wie es geht“* (Schramberg). Zusätzlich wird der Bedarf an altersgerechten Angeboten laut: *„Diversität der Freizeitmöglichkeiten soll verbessert werden. Gerade die Jugendlichen zwischen 13 und 15 hängen nur rum und haben keine Möglichkeiten, vor allem, weil die Verkehrsnetze nicht gut genug ausgebaut sind, um die Jugendlichen zu den Angeboten zu bringen“* (Markdorf). Zusammenfassend spielen auch hier die Anbindung und der ÖPNV eine entscheidende Rolle.

Die Konferenz in Aalen macht deutlich, dass es auch darum geht, über Freizeitmöglichkeiten informiert zu sein: *„Eigentlich geht einiges im Kreis, allerdings kriegt man davon immer wenig mit. Vieles geht unter, weil es einfach nicht bekannt ist. Es tauchte bei uns ein Festival auf, das bei uns in der Region ist und keiner kannte es. Das ist schade“* (Aalen). Die Idee, eine App zu entwickeln, in der auf die Region bezogene Freizeitmöglichkeiten ersichtlich sind, fand großen

Zuspruch. Der Vorschlag dabei ist, dass die Daten zentral über das Landratsamt gesammelt und dann über die App den Jugendlichen zugänglich gemacht werden.

Örtlichkeiten

Jugendliche haben oft den Eindruck, nicht erwünscht zu sein und werden selbst als störend empfunden. Sie kritisieren stark die Vertreibung Jugendlicher von öffentlichen Plätzen. Folgende zwei Aussagen verdeutlichen dies: *„Wir brauchen einen Platz, an dem wir abhängen können, wir werden überall vertrieben, weil es heißt die ‚asozialen Jugendlichen‘. Aber wir trinken keinen Alkohol und sind nicht laut, wir brauchen nur einen Ort zum Treffen“* (Markdorf). Ein Jugendlicher aus Weil am Rhein formuliert das folgendermaßen: *„Es muss nicht unbedingt in einem Haus sein, sondern halt im Freien und ohne, dass wir gleich verscheucht werden, sondern, dass wir auch mal Musik hören können“* (Weil am Rhein). Jugendliche äußerten in verschiedenen Regionalkonferenzen den Wunsch nach Örtlichkeiten und Räumen, die von Jugendlichen genutzt werden können. Sportplätze, Skate- und Basketballplätze und Treffpunkte im Freien sind dabei genauso wichtig wie jugendgerechte Räumlichkeiten. Auch der Sicherheitsaspekt spielt dabei eine Rolle. Sie wünschen sich *„mehr Plätze, da wo wir uns auch aufhalten können und was tun können ohne das da dann halt gleich eine Straße ist und wir dann halt nicht rüber können oder so. Halt einfach nur Plätze, wo sich Jugendliche aufhalten können und auch sicher dort sein können“* (Heilbronn). Der Wunsch nach betreuten Jugendzentren mit Angeboten ist genauso vorhanden wie nach selbstverwalteten Jugendräumen. Jugendliche fordern Treffpunkte und Räume, auch im außerschulischen Bereich, in denen sie sich ausprobieren und einbringen können.

Finanzielle Aspekte

Junge Menschen verfügen meist nur über ein geringes eigenes Budget. Ihre Freizeitgestaltung müsste also bezahlbar sein. Konkret wurde dies schon beim Öffentlichen Personennahverkehr angemerkt (siehe 2.3 Öffentlicher Nahverkehr, Preisgestaltung). Die Forderung nach Rabatten und Vergünstigungen für junge Menschen wurde aber auch in anderen Bereichen der Freizeitgestaltung und Ausgehmöglichkeiten laut, wie folgende Aussage beispielhaft zeigt: *„Ja, halt dass Restaurants oder Bäcker oder so, so Schülermenüs anbieten. Das fänd ich echt cool und ich glaube die Anderen auch“* (Baden Baden).

2.2.5 Zivilgesellschaft und Politik

Jugendliche wollen sich aktiv in die Gesellschaft einbringen. Sie wollen mit ihren

Forderungen gehört werden, aber auch mitdiskutieren und mitentscheiden. Sie wünschen sich eine Politik, die sich für sie interessiert: *„Ja wie gesagt, dass man halt auch mal ein bisschen mehr an uns Jugendliche denkt“* (RK Schramberg; Z 84f). Sie bemängeln, dass sie oftmals mit ihren Anliegen *„von den Erwachsenen nicht ernst genommen [werden]“* (Pforzheim). Es ist ihnen wichtig, *„dass man sich als Jugendlicher/Heranwachsender mit Politik beschäftigt, weil wir nun mal entscheiden, wie wir später leben“* (Waldshut).

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt

Jugendliche sehen viele Möglichkeiten sich aktiv zu engagieren und einzubringen. Viele engagieren sich in örtlichen Vereinen, (selbstverwalteten) Jugendeinrichtungen, Jugendorganisationen, Initiativen und Projekten oder als Jugendgemeinderäte. Problematisch sehen die Jugendlichen die Entwicklung in der Schulpolitik. Oft bleibt in Folge von Ganztageschule und G8 keine Zeit mehr für Engagement: *„Da bleibt nicht mehr so viel Zeit dann für Verein. Ich bin jetzt zum Beispiel im DLRG aktiv und andere sind ja auch zum Beispiel in solchen allgemeinnützigen Vereinen und da bleibt einfach viel auf der Strecke“* (Rastatt). Weiter wünschen sich Jugendliche für ihre Vereine und Aktivitäten mehr Werbung für das Engagement und dass dieses auch als solches anerkannt wird. Gleichzeitig sind sie auf der Suche nach erwachsenen Ansprechpartnern, die sie in ihrem Engagement unterstützen. *„...da könnten wir ein bisschen Unterstützung brauchen“* (Baden-Baden), *„vielleicht in Form von einer Patenschaft oder so. Die könnten ja immer wieder vorbei schauen und uns bei der Eröffnung helfen oder so. Keine Ahnung. Das da auch viele Leute kommen. Oder halt mit Geld“* (Baden-Baden). Jugendliche fordern für ihr Engagement und dafür, dass sie sich in die Gesellschaft einbringen, Anerkennung und Wertschätzung und benötigen Zuverlässige Ansprechpartner, ‚Türöffner‘ und ‚Ermöglicher‘.

Partizipation

„Dass man halt vielleicht mal auf Leute eingeht, die halt nicht so oft was sagen oder nicht so viel gehört werden, also die Jugend zum Beispiel. Weil wir sind die neue Generation, wir sind in ein paar Jahren vielleicht genauso wichtig in irgendwelchen Sachen und deswegen sollten wir schon auch mitbestimmen“ (Schönau).

Jugendliche wollen gehört werden. Sie fordern für sich, dass *„das was mich bewegt, dass ich das auch loswerde, dass ich da was erreiche. Ja das ich das Umfeld damit auch erreichen kann. Das sich das halt so verändert wie ich mir das auch vorstellen könnt“* (Rastatt). Veranstaltungen wie die Regionalkonferenzen sehen die Jugendlichen als durchweg positiv: *„Ja ich finde es gut, dass nach den Jugendlichen einfach auch geguckt wird. Dass es so etwas wie jetzt heute, so eine Veranstaltung gibt, dass die Schüler ihre Meinung sagen“*

*können und das es dann auch so Jugendausschüsse gibt, wie er vorher erzählt hat*² (Rottweil). Schwierigkeiten in ihrer Beteiligung sehen Jugendliche dabei jedoch in der Anerkennung: *„Mehr Anerkennung des Jugendgemeinderats“* (Offenburg) und in der Umsetzung vor Ort: *„Das Problem ist nicht unbedingt die Informationen, sondern vielmehr die Bereitschaft der Kommunen etc. die Forderungen dann so durchzuziehen, wie wir das gefordert haben. Dass ist immer der Knackpunkt bei diesen öffentlichen Institutionen“* (Aalen). Lösungen können dabei in den Kommunen verankerte Partizipationsmodelle sein. Jugendliche regen dabei allerdings an, dass diese nur gut durchgeführt werden können, wenn Interesse von Seiten der Jugendlichen besteht. *„Ich fand den 8er-Rat heute schon sehr interessant und sehr gut, da er die Mitbestimmungsmöglichkeiten sehr fördert und kann wirklich mitbestimmen in der Stadt oder der Kommune voran treiben. Meine Frage ist halt, ob die 8. Klasse die richtige Klasse ist? Obwohl man in dem Alter noch unter 16 ist und nicht überall hin gehen kann. Zudem kommt, dass im Bildungsplan in der 8. Klassen die kommunale Mitbestimmung drauf steht. Es kommt darauf an, ob das Interesse der Schülerinnen und Schüler geweckt werden kann. Ich halte es für sinnvoll, dass das Interesse der Mehrheit der Schülerinnen und Schüler geweckt wird“* (Freiburg).

Die Politik aus Sicht der Jugendlichen

„Am Wichtigsten gerade für uns ist Bildung, weil wir eben noch auf die Schule gehen, aber auch weitere landespolitische Themen sind für uns relevant, auf die wir ja hiermit vielleicht Einfluss nehmen können oder zumindest unsere Meinung dazu äußern“ (Bad Friedrichshall). Viele Jugendliche zeigen großes Interesse an der Politik. *„Im Moment bin ich gespannt, was so versprochen wird. Wenn man jetzt so jung ist wie ich, kann man sich noch nicht so viel darunter vorstellen, was die Parteien jetzt wollen, was die Parteien vertreten. Grad bei uns im Kreis will ich halt auch öfters Sachen erklärt bekommen oder die halt nicht so umgesetzt werden können, da sollt man halt gerade vielleicht auch am Anfang bei jungen Leuten so ein bisschen Aufklärung schaffen“* (Rastatt). Dabei spielen regionale Begebenheiten genauso eine Rolle, wie landesweites Begebenheiten oder Themen der Außenpolitik. Es interessiert, *„ja was halt grad so in der Region passiert. Der Turm in Rottweil, das geplante Gefängnis. Was überhaupt hier so passiert“* (Rottweil). *„Und Gerade TTIP, die Flüchtlingsthematik aber auch dass Europa ein bisschen auseinander bricht, das ist ja unsere Zukunft“* (Künzelsau).

Die Jugendlichen wünschen Politiker, die sich für sie interessieren: *„Dass sie halt nicht nur wegen dem guten Bild herkommen, weil es gut aussieht mit Jugendlichen gesprochen zu haben, sondern dass sie auch wirklich Interesse an uns haben“* (Waldshut). *„Ich würde*

² Anm. mit „Jugendausschüsse“ ist der Jugendlandtag gemeint

fordern, dass Sie sich mehr für die Jugend interessiert sollen! Ich finde die Veranstaltung auch in der Hinsicht sehr nützlich. Mal so einen Tag zu machen, um die Interessen der Jugendlichen zu ermitteln. Ich finde es mal richtig geil seine Meinung äußern zu können, die man sonst nicht so äußern kann" (Pforzheim). Jugendliche fordern Ehrlichkeit von der Politik. Informationen und Statements müssen klar und verständlich formuliert sein. „Die Politiker sollten ehrlicher sein in dem was sie sagen und ihr Amt sollte transparenter aufgebaut sein“ (Leutkirch).

Politische Bildung, Aufklärung und Informationen

Um sich beteiligen zu können, ist es für Jugendliche unabdingbar, dass Informationen für sie verständlich formuliert und aufbereitet sind: *„Ja grad am Anfang also so vielleicht auch das Wahlprogramm bissle vereinfacht erklären, so dass das wenn man am Anfang ist sich mit der Politik zu beschäftigen, dass das so übergebracht wird, dass ich sag jetzt mal jeder Bürger das versteht" (Rastatt).*

In vielen Regionalkonferenzen kam die Gesetzgebung zur Sprache. In den abschließenden Interviews äußerten sich Jugendliche darüber, dass viele Entscheidungen nicht nachvollziehbar seien. *„Dann wäre es wohl das Thema Europa und hier hatten wir das Thema, dass man für Steuerhinterziehung mehrere Jahre im Gefängnis sitzen müsse, aber für andere schwere Straftaten wie Vergewaltigung kaum hohe Gefängnisstrafen verhängt werden. Das kann ich nicht verstehen, da ja bei einer Vergewaltigung es einfach psychische Schäden gibt und bei einer Steuerhinterziehung halt gar nicht" (Pforzheim). Das Strafmaß bezüglich der Steuerhinterziehung traf auch in Rastatt auf großes Unverständnis: „Beim offenen Thementisch fand ich eben dieses mit der, dass mit dem Kindesmissbrauch, dass manche zum Beispiel nur für zwei Jahre ins Gefängnis kommen und dass jemand, der Steuern hinterzieht, manchmal acht oder neun Jahre bekommt, das ist für mich was, was ich nicht verstehen kann. Weil ein Steuerhinterzieher, das ist natürlich gesetzlich verboten, aber da wird niemand persönlich verletzt. Aber wenn jemand ein Kind missbraucht, das ist sein Leben lang geschädigt und das find ich einfach nicht korrekt. Und das regt mich richtig auf" (Rastatt). Jugendliche fordern hier Erklärungen und Informationen, warum etwas wie gehandhabt wird. Jugendliche wollen über aktuelle Themen der Weltgeschichte informiert werden. „Na gerade bei der Aufklärungsarbeit. Ich glaube, den meisten Jugendlichen ist gar nicht bewusst, was gerade in der Welt passiert" (Künzelsau). Jugendliche wünschen sich aktuellere Inhalte in der Schule, mehr Veranstaltungen zu politischen Themen und besser verständliche Informationen.*

2.2.6 Integration und Flüchtlingspolitik

Das Thema Integration, vor allem im Kontext der aktuellen Flüchtlingspolitik, wurde in 18 Regionalkonferenzen kontrovers diskutiert. Schwerpunkte waren hierbei Aspekte einer gelingenden Integration, die aktuelle Flüchtlingspolitik sowie aktuelle gesellschaftliche Tendenzen und die Akzeptanz gegenüber Fremden. Den Jugendlichen ist es wichtig, Integration zu fördern und den interkulturellen und interreligiösen Dialog zu führen. Sie fordern landesweite Kampagnen auszubauen und zu finanzieren, *„die wiederum zu einer besseren Aufklärung über die Problematik führen bei der Bevölkerung“* (Baden-Baden).

Gelingende Integration

Integration findet nicht allein durch das Erlernen der Sprache statt, sondern gelingende Integration kann aus Sicht der Jugendlichen nur dann stattfinden, wenn Wissen voneinander, Offenheit gegenüber dem Anderen und ein gemeinsames Miteinander vorhanden sind und stattfinden. Integration ist für Jugendliche nicht nur eine einseitige Dimension, sondern erfordert von allen Seiten ein Sich-Einbringen. Jugendliche wünschen sich Aktionen und Begegnungsstätten, in denen Kontakt stattfinden kann. Wichtig sind den Jugendlichen gemeinsame Projekte im Sozialraum und Schulen sowie Patenschaftsmodelle. Jugendliche in Künzelsau sprechen sich deutlich für eine dezentrale Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge aus. Damit sollen Vorurteile abgebaut und Integration gefördert werden. Sie sehen einen deutlichen Vorteil im nachbarschaftlichen Zusammenleben um von anderen Kulturen zu profitieren. *„Ich finde zwar total gut, dass man denen hier Hilfe anbietet, weil es ihnen ja Zuhause nicht mehr gut ging, aber ich finde wiederum, dass die sich auch integrieren sollen“* (Künzelsau). Lokale Bündnisse, Netzwerke und Anlaufstellen werden von den Jugendlichen als Bereicherung und Hilfestelle gesehen. Zusätzlich dienen diese aus ihrer Sicht der Integration. Der Ausbau und die Unterstützung dieser Stellen sind für Jugendliche wichtig. Ein Jugendlicher aus Mosbach unterstreicht diese Forderung wie folgt: *„Es sollte mehr Möglichkeiten geschaffen werden für diese Menschen, um sie in die Gesellschaft zu integrieren. Dafür gibt es noch viel zu wenige Anlaufstellen. Es wäre einfach wünschenswert, dass die Politik hier einfach noch ein bisschen mehr einsetzt, weil Integration nur funktionieren kann, wenn Möglichkeiten auch geschaffen werden und wenn die nicht bestehen, dann wird es schwer“* (Mosbach).

Flüchtlinge und die Asylpolitik

„Und wenn Hunderte Menschen im Mittelmeer ertrinken ist es ja klar, dass gehandelt werden muss“ (Tübingen). Der überwiegende Teil der Jugendlichen unterstützt die Aufnahme von und die Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen. Die ungewisse Situation, in denen sich

Flüchtlinge befinden, beschäftigt Jugendliche: *„Sie haben keinen festen Platz, leben immer in Unsicherheit und der Angst davor, jederzeit abgeschoben zu werden, sie können auch nie Hoffnung bekommen, weil sie nie wissen, was passiert“* (Sigmaringen).

Viele Jugendliche bemängeln jedoch die Wohn- und Lebenssituation der Flüchtlinge, die Flüchtlingspolitik, das Asylverfahren und die damit verbundenen bürokratischen Hürden. Warum diese Menschen oftmals nicht arbeiten dürfen, können viele Jugendliche nicht verstehen. Sie sehen hierbei klar einen Vorteil in der Integration *„dann natürlich noch in Bezug auf Integration und Asylpolitik, dass man die ganzen Verfahren vereinfacht, dass Asylbewerber frühzeitig arbeiten dürfen, weil dann auch die gesellschaftliche Integrierung besser klappt“* (Bad Friedrichshall). In der Regionalkonferenz Sulz wurde dazu vorgeschlagen, Flüchtlinge und Asylbewerber auf den Arbeitsmarkt zu bringen, um somit die in Deutschland fehlenden Fachkräfte, für die derzeit z. B. Kräfte aus Spanien angeworben werden, zu ersetzen. In Konstanz wurde vorgeschlagen, *„Asylbewerber, die zu alt sind für unsere Schulen, also über 18 Jahre, dass die zwei Jahre eine Ausbildung machen dürfen, sodass sie Deutsch lernen und einen Schulabschluss machen können und wenn sie wollen, dann noch eine Weiterbildung und dann auf den Arbeitsmarkt gehen können“* (Konstanz).

Auf die Frage, welche Vorschläge Jugendlichen haben und was passieren müsste, schildert ein Jugendlicher aus Sigmaringen die Situation folgendermaßen sehr umfassend: *„Dass die Asylverfahren schneller vorangehen. Mit jedem Tag haben die Flüchtlinge keine Gewissheit, was mit Ihnen passiert; auch mehr Transparenz im Verfahren, damit sie sich sicherer fühlen können. Es müssen mehr Stellen dafür geschaffen werden, zudem muss das Bildungssystem für Flüchtlinge geöffnet werden. Es gibt wirklich viele Flüchtlinge, die sich integrieren wollen, die die Sprache lernen wollen und die hier in Deutschland arbeiten wollen, aber nicht dürfen und nicht unterstützt werden und das darf nicht sein. Das sehe ich nicht ein. Ich verstehe die Beschwerden von manchen Bürgern nicht, die behaupten die Flüchtlinge hängen nur rum, aber die haben ja ein Berufsverbot und dürfen daher nicht arbeiten, obwohl sie wollen. Das fordert einmal eine Aufklärung der Bürger über das Berufsverbot, über die Situation der Flüchtlinge, was sie erlebt haben und den Flüchtlingen muss die Chance gegeben werden, unsere Kultur kennenzulernen“* (Sigmaringen).

Toleranz, Akzeptanz und Anerkennung

Viele Jugendliche sehen einen Zulauf zur rechten Szene und zu rechtsgerichteten Vereinigungen wie beispielsweise Pegida. Diese Tendenz wird von vielen kritisch betrachtet. *„Dass schon so ein Hass schon unter der Jugendlichen da ist, finde ich einfach ein bisschen bedenklich“* (Mosbach).

Jugendliche plädieren für eine bessere Aufklärung, Transparenz und besseren Informationsfluss, um Ängsten und Bedenken frühzeitig entgegenzutreten. *„Flüchtlingen, das*

ist so aktuell und es betrifft eigentlich jeden, weil wir sehen das auch in kleinen Gemeinden, dass die Menschen sich verunsichert fühlen und da ist einfach noch sehr viel Aufklärung gefragt“ (Baden-Baden). Aufklärung und Information sind ihnen ein wichtiges Anliegen. Sie wünschen sich mehr Informationsveranstaltungen über die Herkunft der Menschen und aus welchen Gründen die momentane Flüchtlingswelle entsteht. Die Vermittlung von Respekt und Werten hat für sie ebenfalls eine große Bedeutung: *„aber ich sehe auch den anderen Aspekt, eben Respekt, dass es eben nicht okay ist eine heilige Person in einer Karikatur darzustellen. Das weiß jeder, dass es die wütend macht, warum muss man es dann machen? Warum hat man da kein Respekt?“* (Bad Friedrichshall). Den jungen Menschen ist dabei wichtig, das Thema Respekt, Toleranz und Akzeptanz gegenüber Anderen frühzeitig aufzugreifen: *„ja, und was man da so machen könnte und auch Toleranz zu fördern, ich bin immer noch der Meinung, dass man da bei den Kinder anfangen muss, weil es ist schwierig, dann bei den Erwachsenen noch was zu bewirken, also funktioniert auch, ist aber schwieriger“* (Bad Friedrichshall).

Jugendliche haben außerdem den Eindruck, dass Medien diesbezüglich oft einseitig und nicht wahrheitsgemäß berichten. Sie fordern, dass die Politik sich für wahrheitsgemäße Berichterstattung in den Medien einsetzt.

2.2.7 Umwelt

„Also für mich war jetzt besonders wichtig die Umwelt. Dass wir darauf mehr achten und dass wir sie auch mehr schützen und dass wir uns damit beschäftigt haben. Und dass wir dadurch auch die anderen mehr beeinflussen können die Umwelt zu schützen“ (Heilbronn). Das Thema Umwelt wurde in mehreren Regionalkonferenzen eingehender besprochen. Schwerpunkte kristallisierten sich in den Bereichen Recycling, Verschmutzung im öffentlichen Raum, erneuerbare Energien und Tierhaltung/Tierschutz heraus. Viele Jugendliche wünschen sich im Kontext der Umweltdebatte mehr Transparenz und Aufklärung zu aktuellen umweltrelevanten Themen: *„Was mir aber auch wichtig ist, dass man das Verständnis der Menschen stärkt, sodass die wissen, was sie anrichten“* (Konstanz). Jugendliche wollen eine stärkere, auch praktische Einbindung von Umweltthemen in den schulischen Unterricht: *„Na ja also Praxis im Unterricht einführen, dass man das zumindest mal ausprobiert. Und für die Umwelt, vielleicht so Aktionen machen wie Bäume pflanzen und dann halt Spenden oder so. Wie zum Beispiel diese Aktion Bäume pflanzen“* (Weingarten). Sie fordern zudem strengere Regelungen und Gesetze. Sie fordern eine konsequente Überlegung und Fortschritte in Klimafragen und Umweltschutz

Verschmutzung im öffentlichen Raum und Recycling

Die Forderung Jugendlicher an Sauberkeit in ihrer Stadt oder Gemeinde wird in den Regionalkonferenzen mehrfach deutlich. Sie wünschen sich mehr Mülltonnen in ihrer Umgebung: *„Ja wie gesagt mir ist auch die Umwelt wichtig. Dass auf dem Boden nicht mehr so viel Müll liegt. Also dass es auch mehr Mülltonnen gibt und so“* (Heilbronn). Neben der Müllentsorgung spielt auch Recycling bei vielen eine Rolle. Die Produktion von Plastikmüll solle eingeschränkt werden: *„Ganz klar Plastikmüll. Es wird viel zu viel verwendet, welches dann nicht wieder verwertet werden kann und hier muss ganz klar irgendwas gemacht werden. Man könnte z.B. ein Gesetz einführen, dass man keine Plastiktüten mehr verbrauchen darf“* (Mosbach).

Erneuerbare Energien

Die Jugendlichen sehen das Thema erneuerbare Energie kontrovers, sprechen sich aber zum Großteil dafür aus und wünschen sich eine verstärkte Förderung. Kritisiert wird, dass die allgemeine Diskussion über die Thematik abflacht und nicht mehr mit Nachdruck vorangetrieben wird. *„Vielleicht zur Energiewende, also dass das halt einfach vernachlässigt wird. Man hat ja nach Fukushima so richtige Pläne gemacht und ich glaub das haben dann auch die Grünen in den Landtag in Baden-Württemberg gebracht, nur wegen dem einen Vorfall. Und da kam dann ne kurze Begeisterungswelle sozusagen und jetzt flacht das wieder so ab und niemand interessiert sich mehr dafür“* (Ilfeld).

Tierschutz

Den Jugendlichen liegt der Tierschutz am Herzen. Tierversuche sollen aus Sicht der Jugendlichen verboten werden. In Heilbronn haben sich Jugendliche Gedanken zum Thema Massentierhaltung gemacht und fordern mehr Freilandhaltung durch die Bereitstellung von mehr Grünflächen.

2.2.8 Weitere Themen

Zusätzlich zu den dargestellten Hauptthemen haben sich die Jugendlichen in einzelnen Konferenzen mit weiteren Themen beschäftigt. Diese werden hier zusammengefasst.

Stadt-Land-Entwicklung und der demografische Wandel

Die Regionalkonferenzen in den ländlichen Gebieten haben deutlich gemacht, dass der ländliche Raum für die Perspektiven und den weiteren Werdegang Jugendlicher nicht attraktiv ist. Sie fordern eine Aufwertung des ländlichen Raums. Dazu braucht es in ihren Augen einen Ausbau der Infrastruktur, des ÖPNV, von Freizeitmöglichkeiten und eine

Erweiterung der beruflichen und der Bildungsmöglichkeiten. Zudem muss aus Sicht der Jugendlichen die medizinische Grundversorgung flächendeckend erhalten bleiben. In Waldshut wurde über den Vorschlag gesprochen, Außenstellen von Hochschulen in die ländlichen Regionen zu verlegen und Jugendliche bevorzugt zu behandeln, die dann bereit wären dafür aufs Land zu ziehen.

Chancengleichheit und Inklusion

Jugendliche wünschen, dass die Inklusion von Menschen mit Benachteiligung weiter vorangetrieben und ausgebaut wird. Eine betroffene Schülerin äußert sich folgendermaßen: *„Mehr Förderung und Unterstützung für uns Lernbehinderte in der Schule. Es gibt schon eine zusätzliche Lehrkraft, die speziellen Unterricht für uns macht, der mir sehr weiterhilft, aber davon müsste es mehr Lehrkräfte geben“* (Markdorf).

Des Weiteren wünschen sich Jugendliche, dass sozial schwache Familien zukünftig besser unterstützt werden, um Chancengleichheit zu gewähren.

Stärkung sozialer Berufe

Die Entwicklung in Arbeitsfeldern der Sozialen Berufe interessiert und beschäftigt einige Jugendliche. Sie wünschen sich eine bessere Bezahlung der sozialen Berufe: *„und es ist auch wichtig, dass man die sozialen Berufe stärker fördert, da es auch unsere Zukunft sichert“* (Bad Friedrichshall).

TTIP

Das Thema TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und Fracking war in wenigen Konferenzen präsent und wurde stark diskutiert. *„...TTIP... Aber das dann hier noch Firmen vor dem Schiedsgericht klagen können und noch nicht mal in der Öffentlichkeit. Das ist einfach überhaupt nicht ok“* (Mosbach). Jugendliche vertreten die Meinung, dass mehr Vertrauen und Transparenz durch eine multiperspektivische Berichterstattung geschaffen werden soll. Vieles können sie dabei nicht nachvollziehen und wünschen sich mehr Informationen und bessere Aufklärung: *„Für mich ist momentan TTIP das wichtigste Thema in diesem Bereich, weil ich das mit dem Investorenschutz nicht nachvollziehen kann“* (Mosbach). Sie fordern die Politik auf, mehr den Verbraucher in den Blick zu nehmen: *„Da werden Verbraucher viel zu wenig berücksichtigt. Es wird der Wirtschaft, aus meiner Perspektive, zu sehr entgegengekommen. Die können schon klagen, bevor das Gesetz im Umlauf ist“* (Mosbach).

„Wir freuen uns, dass wir unsere Meinung einbringen können, den Politikern mal sagen können, was wir auch wollen. Was wir wichtig finden. Und sie auch darauf hinzuweisen, wo man zum Beispiel etwas besser machen könnte und wie.“

3. Der Jugendlandtag

Die abschließende Veranstaltung der Regionalkonferenzen bildete der Jugendlandtag am 14. und 15. Juli 2015 in Stuttgart. Die in den Regionalkonferenzen der Landkreise erarbeiteten Ergebnisse und Themen wurden zusammengetragen und ergaben die zehn Themenworkshops³ des Jugendlandtags:

- Integration
- Mobilität
- Gesellschaft
- Jugendpartizipation
- Flüchtlingspolitik
- Schulpolitik
- Hochschulpolitik⁴
- Europa
- Ehrenamt
- Umwelt

3.1 Rahmenbedingungen und Beteiligte

3.1.1 Zeitlicher Ablauf und Orte des Jugendlandtags

Die Auflistung des zeitlichen Ablaufs gibt den tatsächlichen Ablauf des Jugendlandtags wieder.

Dienstag, 14.07.2015

bis 10:45 Ankommen der Jugendlichen, Einchecken und Brezelfrühstück

10:45 Begrüßung durch den Landtagspräsidenten Wilfried Klenk und die jugendpolitischen Sprecher

Begrüßung durch das Moderatorenteam Juliane Henn und Konstantin Poensgen; Kuppelsaal

Die Jugendlichen wurden im Kuppelsaal von Landtagspräsident Wilfried Klenk begrüßt. Für die Fraktionen begrüßten die jugendpolitischen Sprecher bzw. deren Vertreter. Thomas Poreski MdL (Die Grünen), Florian Wahl MdL (SPD), Andreas Glück MdL (in Vertretung für Timm Kern MdL, FDP), Matthias Präfrock MdL (in Vertretung für Felix Schreiner MdL, CDU)

11:15 Ausstellungsrundgang – Präsentation der Ergebnisse aus den Regionalkonferenzen im Gallery Walk; Haus der Abgeordneten

³ Themenworkshops, Workshops, Arbeitsgruppen und Themengruppen werden synonym verwendet.

⁴ Im Workshop „Hochschulpolitik“ wurden auch die Themen und Anliegen der Jugendlichen aus dem Themenbereich Ausbildung bearbeitet

Zu Beginn hatten die Jugendlichen Zeit, ihre Ausstellungswand mit den Ergebnissen aus der jeweiligen Regionalkonferenz durch noch Fehlendes zu ergänzen. Anschließend konnte die Ausstellung frei besichtigt werden. An den Stellwänden wurde sich ausgetauscht und teilweise schon rege diskutiert.

12:30 **Mittagessen; Foyer Kuppelsaal**

14:00 **Arbeitsgruppen; Königin-Olga-Bau**

Die Themen der zehn Arbeitsgruppen wurden im Vorfeld durch das Organisatorenteam auf Basis der Ergebnisse aus den Regionalkonferenzen festgelegt. Die Zuteilung in die Arbeitsgruppen erfolgte im Vorfeld über die Anmeldung. In Gruppen zwischen 8 bis 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmern erarbeiteten die Jugendlichen unter der Leitung von ein bis zwei Moderatorinnen und Moderatoren (Kapitel 2.5) und mit Hilfe von ein bis zwei Experteninnen und Experten (Kapitel 2.4) pro Gruppe ihr Schwerpunktthema (Kapitel 3.2).

17:00 **Diskussion mit Abgeordneten; Königin-Olga-Bau**

Die Ergebnisse aus der ersten Arbeitsphase wurden mit Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern in der Arbeitsgruppe diskutiert. (Eine Übersicht über die Zuordnung der Abgeordneten findet sich unter 2.3)

18:00 **Theatersport/Improtheater „Wildwechsel“; Kuppelsaal**

19:00 **Fahrt zur Jugendherberge**

Mittwoch, 15.07.2015

8:30 **Themenfrühstück mit Ministerinnen und Ministern;**

Jugendherberge Stuttgart International

Gemeinsam mit Ministerinnen und Ministern wurde arbeitsgruppenbezogen gefrühstückt. Ergebnisse und offene Fragen aus der Arbeitsgruppe wurden diskutiert. Die Jugendlichen nahmen die Möglichkeit wahr, ihre Standpunkte zu verdeutlichen, kritisch zu hinterfragen und in einen offenen Dialog mit den Ministerinnen und Ministern zu treten.

- 10:15** **Ausarbeitung der Themen und Formulierung der Forderungen für das Positionspapier; *Fraktionsräume im Haus der Abgeordneten***
In einer zweiten themenbezogenen Arbeitsphase formulierten die Jugendlichen ihre Forderungen für das Positionspapier.
- 11:00** **Abstimmung der Forderungen und Erstellung des Positionspapiers; *Foyer Haus der Abgeordneten***
Die Arbeitsgruppen stellten jeweils drei erarbeitete Forderungen der Gesamtgruppe zur Abstimmung vor. Über die Forderungen wurde im Einzelnen beschlossen oder abgelehnt. Forderungen, die die Mehrheit erhielten, wurden in das Positionspapier aufgenommen.
- 12:00** **Die aktuelle Landtagsdebatte wird verfolgt; *Fraktionsräume im Haus der Abgeordneten***
- 12:30** **Überreichung des Positionspapiers und offizieller Abschluss; *Foyer Kuppelsaal***
Im Anschluss an die Landtagsdebatte wurde das Positionspapier der Jugendlichen durch das Moderatorenteam Juliane Henn und Konstantin Poensgen an den Landtagspräsidenten Wilfried Klenk übergeben. Landtagspräsident Klenk beendete gemeinsam mit den jugendpolitischen Sprechern und im Namen der Abgeordneten den Jugendlandtag, verabschiedete die Jugendlichen. Abschließende Worte der Kooperationspartner wurden von Lothar Frick (Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg) und Kerstin Sommer (Vorsitzende des Landesjugendrings Baden-Württemberg) übermittelt. Danach wurde zum gemeinsamen Abschlussmittagessen übergeleitet.

3.1.2 Zeitmanagement und Organisation

„So ziemlich alles, was man in der Regionalkonferenz beredet hat, hat man tatsächlich hier in irgendeiner Art aufgegriffen.“ Die Jugendlichen haben sich mit ihren Themen im Jugendlandtag 2015 wiedergefunden. Die Schwerpunkte aus den Regionalkonferenzen vor Ort wurden im Jugendlandtag aufgegriffen und die erarbeiteten Forderungen sind aus den Wünschen und Anliegen der Jugendlichen aus den Landkreisen entwachsen und wurden durch die Delegierten eingebracht. Als durchweg positiv empfanden die Jugendlichen, dass sie die Möglichkeit hatten direkt mit den Politikern, in den Arbeitsgruppen und beim

Frühstück, über ihre Anliegen sprechen, diskutieren, sich auszutauschen und deren Meinungen einholen zu können: *„Ich fand auch sehr interessant, einfach mal die Meinung der Politiker zu unseren Gedanken zu hören, also dass wir wirklich mal einen Vorschlag äußern konnten und die Politiker konnten ihn mal bewerten. War interessant. Und außerdem war mal gut zu hören, inwiefern es realistisch ist, was man sich so aussucht und inwiefern eben manchmal auch nicht.“*

„Was wir definitiv finden, dass es zeitlich zu eng kalkuliert war.“ Kritik wurde am zeitlichen Rahmen der Arbeitsphasen in den Gruppen geäußert: *„Zum Beispiel. Als die Politiker dann da waren in der Runde, da hatten wir nur eine Stunde. Da haben wir gar nicht alle Themen besprechen können.“* Gleiches gilt für die Abstimmung der Forderungen. Ein Jugendlicher äußerte dies wie folgt: *„das hat man besonders gemerkt bei der Debatte, wo wir hätten die Debatte führen können, zu den Themen, da fand ich vorstellen, Rückfrage, abstimmen, zu kurz gegriffen. Weil die meisten sich nicht intensiv mit dem Thema beschäftigt haben. Wir haben ja nur in den Ausschüssen gearbeitet. Da wäre es sinnvoller gewesen zu sagen, wir machen das länger und man geht in eine richtige Debatte rein. An der Stelle wussten viele, die nicht in dem Fachausschuss waren gar nicht, um was es tatsächlich ging, bei dem Thema und konnten die ganzen Auswirkungen von den ganzen Themen gar nicht machen.“*

Die Jugendlichen hätten sich mehr Zeit für Austausch und Rückfragen gewünscht. Auch der Wunsch nach einer Debatte in Bezug auf die Abstimmung der Forderungen wurde genannt. Hier kam der Vorschlag, *„wir machen die ersten zwei Tage die Formulierungen, und die Formulierungen schon geschrieben an alle und die können sich dann Gedanken machen und dann vielleicht auch einen Änderungsantrag schreiben. Dann kämen wir vielleicht zu einem besseren Ergebnis.“*

3.1.3 Die Jugendlichen und ihre Zugänge

Am Jugendlandtag 2015 nahmen 98 Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren aus Baden-Württemberg teil. Die Verteilung von Mädchen und Jungen war dabei weitestgehend ausgeglichen. Bis auf wenige Ausnahmen fanden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die zuvor stattgefundenen Regionalkonferenzen den Weg in den Jugendlandtag. Zusätzlich wurden ergänzend unterschiedliche Zugänge genannt. Diese waren:

- über Jugendbeteiligungsformen in den Kommunen (Jugendgemeinderat, Jugendparlament, Jugendforum, weitere Beteiligungsprojekte);
- über Jugendprojekte in den Kommunen;
- in der Moderation oder als Veranstalter der örtlichen Regionalkonferenz;
- über die vorangegangene Teilnahme an JuPiD (Jugend und Politik im Dialog) in Berlin;
- über die Teilnahme am Jugendlandtag 2013;

- über Schlüsselpersonen und direkte Ansprache in Schulen (SMV), Jugendbeteiligungsprozessen, Jugendarbeit; über den LJR;
- über Moderationstätigkeiten aus „In Zukunft mit UNS!“.

Der Großteil der teilnehmenden Jugendlichen ist bereits in kommunalen Jugendbeteiligungsformen aktiv oder äußerte den Wunsch und das Interesse daran.

3.1.4 Die beteiligten Minister und Abgeordnete

Die Abgeordneten in den Arbeitsgruppen

Nach der ersten Arbeitsphase in den Themengruppen wurde über deren Stand und die Ergebnisse mit Abgeordneten des Landtags diskutiert. Die Abgeordneten, Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker in den Arbeitsgruppen waren im Folgenden:

<u>Thema</u>	<u>MdLs</u>
Integration	Rosa Grünstein MdL, SPD Günther-Martin Pauli MdL, CDU Muhterem Aras MdL, GRÜNE Sabine Wölfle MdL, SPD
Mobilität	Hidir Guerakar MdL, SPD Felix Schreiner MdL, CDU Thomas Marwein MdL, GRÜNE
Gesellschaft	Klaus Burger MdL, CDU Charlotte Schneidewind-Hartnagel MdL, GRÜNE Alexander Schoch MdL, GRÜNE
Jugendpartizipation	Thomas Poreski MdL, GRÜNE Klaus Herrmann MdL, CDU Florian Wahl MdL, SPD
Schulpolitik	Georg Wacker MdL, CDU Nikolaus Tschenk MdL, GRÜNE Dr. Stefan Fulst-Blei MdL, SPD
Hochschulpolitik	Klaus Maier MdL, SPD Timm Kern MdL, GRÜNE
Flüchtlingspolitik	Manfred Lucha MdL, GRÜNE Thaddäus Kunzmann MdL, CDU
Europa	Josef Frey MdL, GRÜNE Ulrich Müller MdL, CDU

Ehrenamt	VP Brigitte Lösch MdL, GRÜNE Karl Rombach MdL, CDU Rainer Hinderer MdL, SPD Tobias Wald MdL, CDU
Umwelt	Dr. Bernd Murschel MdL, GRÜNE Gabi Rolland MdL, SPD Paul Nemeth MdL, CDU

Die Experten und Expertinnen in den Arbeitsgruppen

Während der gesamten Arbeitsphase wurden die Gruppen von Experten und Expertinnen begleitet, die für den eingehenden Input und für den fachlichen Austausch den Gruppen zur Verfügung standen. Diese waren:

Beate Baur: Integration

Udo Wenzl: Mobilität

Christiane Franz: Gesellschaft

Simone Liedke: Jugendpartizipation

Wolfgang Ilg: Schulpolitik

Ewin Özkan: Hochschulpolitik

Theresa Fachinger: Flüchtlingspolitik

Thomas Schinkel: Europa

Adalina Agejew und Fabian Peters: Ehrenamt

Tobias Bach: Umwelt

Die Ministerinnen und Minister beim Themenfrühstück

Der Einstieg in den zweiten Tag war das Frühstück mit den Ministerinnen und Ministern. Die jeweilige Themengruppe wurde von folgenden Ministerinnen und Ministern begleitet:

Flüchtlingspolitik: Justizminister Rainer Stickelberger

Integrationspolitik: Ministerin für Integration Bilkay Öney

Schulpolitik: Kultusminister Andreas Stoch

Hochschulpolitik: Wissenschaftsministerin Theresia Bauer

Mobilität: Verkehrsminister Winfried Hermann

Jugendpartizipation: Staatsrätin Gisela Erler

Europa: Vorgesehen war Minister für den ländlichen Raum Alexander Bonde, er war kurzfristig verhindert.

Ehrenamt: Sozialministerin Katrin Altpeter

Umweltpolitik: Umweltminister Franz Untersteller

Gesellschaft: Innenminister Reinhold Gall

3.1.5 Die Organisatoren und das Moderatorenteam

Das Projekt „Was uns bewegt – Landespolitikerinnen und Landespolitiker im Gespräch“ und der Jugendlandtag 2015 ist ein Projekt des Landtags von Baden-Württemberg, welches gemeinsam mit dem Landesjugendring Baden-Württemberg initiiert und durchgeführt wurde. Die Organisation der Regionalveranstaltungen sowie die praktische Durchführung des Jugendlandtags war in enger Abstimmung dem Landesjugendring übertragen. Weitere Kooperationspartner des Projekts waren die jugendpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen, der Ring politischer Jugend, die Landeszentrale für politische Bildung, das Sozial- und Kultusministerium sowie die kommunalen Landesverbände.

Die Moderation des Jugendlandtags übernahm ein Team junger Moderatorinnen und Moderatoren. Diese waren:

Thema	Moderator*in
Integration	Urs Hotz
Mobilität	Pablo Rebholz u. Simon Kuss
Gesellschaft	Ruben Martens
Jugendpartizipation	Matthis Dippon
Schulpolitik	Rune-Marek Morschhäuser
Hochschulpolitik	Feline Tecklenburg
Flüchtlingspolitik	Vivianna Klarmann
Europa	Simon Oesterle
Ehrenamt	Michael Gaussmann
Umwelt	Katharina Ebinger

3.2 Inhalte und Themen des Jugendlandtags

Die Themen der Workshops wurden im Vorfeld auf Grundlage der Erhebung aus den Regionalkonferenzen vom Organisationsteam festgelegt, sowie untergeordnete Felder und Fragestellungen benannt. Die Zuteilung der Jugendlichen in die Arbeitsgruppen erfolgte mit der Anmeldung. In einer dreistündigen Arbeitsphase mit den entsprechenden Experten und Expertinnen wurden Problemlagen besprochen und über Lösungen diskutiert. Im Anschluss erfolgten ein Austausch und eine Diskussion mit Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern in der jeweiligen Gruppe. Am Folgetag wurden in den Arbeitsgruppen die Forderungen formuliert, die dann dem Landtag zum Abschluss der aktuellen Plenarsitzung überreicht wurden. Die

Forderungen der Jugendlichen und das Abstimmungsergebnis können der Beschlussvorlage des Jugendlandtags entnommen werden. Die Beschreibung der Workshop erfolgt über die teilnehmende Beobachtung und Rückmeldungen von Seiten der Moderatorinnen und Moderatoren, sowie der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

3.2.1 Flüchtlingspolitik

Wie sieht die Unterbringung von Flüchtlingen aus? Wie kann deren Teilhabe und Integration erfolgen? Ist eine Anerkennung von Abschlüssen möglich? Was können und müssen Bund, Land und Zivilgesellschaft tun? Braucht es eine Änderung in der Gesetzeslage?

Das Thema Flüchtlingspolitik wurde in der Gruppe kontrovers diskutiert. Zunächst bedurfte es einer Klärung von Rechtsbegriffen und Informationen über die Gesetzeslage und der Aufgabenverteilung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene durch die teilnehmende Expertin.

Problembeschreibung, Situation und Lösungsideen

Problematisch sehen die Jugendlichen die Wohn- und Lebensverhältnisse der Geflüchteten. Die zu engen Wohnverhältnisse und die, in den Augen der Jugendlichen, dürftige Ausstattung wurde von der Arbeitsgruppe thematisiert. Kritisch wurden dabei die Sammelunterkünfte betrachtet. Arbeit, Bildung und Sprache sehen Jugendliche als Weg in die Gesellschaft und sollen deswegen verstärkt gefördert werden. Begegnungsmöglichkeiten und gemeinsame Projekte sind für Jugendliche elementar, um Integration zu fördern.

Lösungen sehen die Jugendlichen in der Umsetzung dezentraler Wohnformen. Wohnungen in Wohngebieten statt Sammelunterkünfte und Wohnheime fördern in ihren Augen Integration durch ein nachbarschaftliches Miteinander. Begegnungsprojekte zwischen den Menschen müssen geschaffen und unterstützt werden. Hier sprechen sich die Jugendlichen auch für eine finanzielle Förderung dieser Projekte aus. Der Zugang zu Sprache und Arbeit, sowie sinnvolle Angebote in der Arbeitsförderung und die Anerkennung beruflicher Abschlüsse sollen den Flüchtlingen erleichtert werden. Eine Möglichkeit der Prävention zur Bekämpfung von Vorurteilen in der Gesellschaft gegenüber Fremden sehen Jugendliche in der Förderung von Aufklärungsprojekten und Einbindung der Flüchtlingsthematik in den Bildungsplan. Zu dem appellieren sie an die Verantwortung Deutschlands gegenüber weniger gut gestellten europäischen Ländern in Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen. Die Jugendlichen formulierten dies folgendermaßen: *„Wir fordern, dass Länder, wie Italien, Spanien und Griechenland entlastet werden und die Flüchtlinge besser auf die europäischen Länder verteilt werden, so dass auch Deutschland mehr einbezogen wird, da die bereits betroffenen Länder nicht in der Lage sind, das finanziell zu tragen.“*

3.2.2 Integrationspolitik

Der Themenworkshop Integration beschäftigte sich hauptsächlich mit der Frage, was kann Politik und Zivilgesellschaft in Bezug auf die Integration und Teilhabe von Menschen mit Benachteiligung tun. Schwerpunkte setzte sich die Gruppe bei den Themen: Migration & Gesellschaft, Inklusion von Menschen mit Behinderung und Akzeptanz von Menschen mit anderer sexueller Orientierung. Im Themenbereich Migration und Gesellschaft gab es Überschneidungen zum Workshop Flüchtlingspolitik, vor allem in Bezug auf die Fragestellungen, wie die Integration von jugendlichen Flüchtlingen besser gelingen kann und die Unterbringungsmöglichkeiten und Arbeitssituation von Flüchtlingen verbessert werden können.

Problembeschreibung, Situation und Lösungsideen

Bei allen drei Schwerpunktthemen wurde eine bessere Aufklärung der Bevölkerung gewünscht. Erst dann könne ein Umdenken in den Köpfen der Menschen stattfinden und eine Aufnahme in die Gesellschaft gefördert werden. Ein Jugendlicher, der selbst von einer Behinderung betroffen ist, formulierte dies folgendermaßen: *„Erst, wenn sich in den Köpfen der Menschen was ändert, ändert sich die Bauweise.“* Inklusion setzt Barrierefreiheit voraus. Dies erfordert ein Umdenken. Im Bereich Migration & Gesellschaft äußerten die Jugendlichen, dass mehr miteinander, statt übereinander geredet werden muss, um Vorurteile und Ängste abzubauen zu können. In Bezug auf die Integration von Menschen anderer sexueller Orientierung bedeutet das für Jugendliche, dass Diskussionsmöglichkeiten, auch in der Schule, sowie mehr Anlaufstellen für Betroffene geschaffen werden müssen. Die Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Ehe ist ebenfalls wichtig für die erfolgreiche Akzeptanz in der Gesellschaft.

Bei allen Punkten war es den Jugendlichen wichtig, dass Menschen sensibilisiert werden müssen. Dafür bedarf es bessere Förderung von Projekten der Aufklärung und Begegnung und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit.

3.2.3 Schulpolitik

Der Themenbereich der Schulpolitik wurde von den Jugendlichen sehr weit fassend bearbeitet. Die Workshopgruppe war sich einig, *„dass man in der Schulpolitik noch etwas verbessern könnte.“* Eine zentrale Fragestellung der Beteiligten war, *„warum einigen sie⁵ sich nicht auf einen Schulfrieden?“* Der 'Politikzwist' wird in Augen der Jugendlichen auf Kosten der Schüler ausgetragen.

⁵ Anm. mit ‚sie‘ sind die Politiker gemeint.

Die Themenschwerpunkte der Arbeitsgruppe erstreckten sich von den Bildungsplänen über die Ausstattung der Schulen und Zuständigkeiten von Bund, Land und Kommune, bis hin zum Bildungssystem.

Problembeschreibung, Situation und Lösungsideen

Im Bereich Schulsystem wurde das Modell Gemeinschaftsschule kontrovers diskutiert und ihre Vor- und Nachteile besprochen. Zu Beginn musste jedoch der Experte einiges erklären und richtig stellen, weil Wissen nicht oder falsch vorhanden war. Weiter wurde über das G8/G9 debattiert. Die Jugendlichen waren sich dahingehend einig, dass eine Änderung und Entwicklung des Schulsystems erfolgen muss, dies jedoch nicht auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler und auf Basis eines Politikstreits zwischen den Parteien stattfinden darf. In den Augen der Jugendlichen ist das aktuelle Bildungsangebot, in System und den Bildungsplänen, nicht mehr zeitgemäß und würde der individualisierten Gesellschaft nicht mehr gerecht. Eine Querverbindung gibt es hier zu anderen Workshops, wie Flüchtlingspolitik, Integration, Gesellschaft und Ehrenamt. Diese Workshops regen jeweils an, ihre Thematik in den Bildungsplan aufzunehmen bzw. das Ehrenamt im System Schule zu erleichtern.

Der Wunsch der Jugendlichen aus dem Themenbereich Schulpolitik ist, „*dass die Schüler mehr einbezogen werden könnten, in die Planung.*“ Das beinhaltet ebenfalls, dass eine Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 möglich ist. Des Weiteren sprechen sich die Jugendlichen für eine stärkere ethische und politische Bildung und die Vermittlung der Grundwerte und des Zusammenlebens aus.

3.2.4 Hochschulpolitik bzw. Ausbildungen

Zusätzlich zum breiten Feld der Hochschulpolitik wurden in dieser Themengruppe auch die Aspekte der Schulabschlüsse und Ausbildung betrachtet. Themenschwerpunkte des Workshops waren: Finanzierung des Studiums in Form von BAföG und Stipendien, bessere Entlohnung in der Ausbildung, Anerkennung von Schulabschlüssen, Berufsvorbereitungsangebote an den Schulen, sowie die Rahmenbedingungen von Studiengängen.

Problembeschreibung, Situation und Lösungsideen

Die Jugendlichen fühlen sich in der Schule nicht genug auf Ausbildung oder ein Studium vorbereitet, ebenso fehlt es ihnen an einer Aufklärung in Bezug auf Finanzierungsmöglichkeiten (BAföG, Stipendien). Sie wünschen sich dafür eine bessere Unterstützung und Informationsmöglichkeiten. Thematisiert wurde zu dem eine Reformierung

des BAföGs, in dem eine eltern- und einkommensunabhängige Grundsicherung sichergestellt wird.

Im Bereich des Studienangebotes waren die Qualität, Abschlüsse sowie Anforderungen der Studiengänge Gegenstand der Arbeitsphase. Eine Abschaffung des Numerus Clausus und dafür die Einführung von studienbezogenen Eignungstests sehen die Jugendlichen als gewinnbringende Alternative.

Bezug nehmend auf die Ausbildung wurde an vier Kernbereichen gearbeitet. Wichtig war der Gruppe, der Ausbau der Berufsvorbereitung und Berufsberatung an Schulen, die Anerkennung von Abschlüssen im Ausland und eine bessere Unterstützung bzw. angemessene Löhne während der Ausbildung. Weiter wünschen sich die Jugendlichen, dass auch in der Ausbildung Auslandsaufenthalte möglich sein sollen. Eine bessere Unterstützung der Ausbildung können sich die Jugendlichen in Vergünstigungen im Personennahverkehr oder der Freizeitangebote vorstellen. Einigkeit herrschte darüber, dass Anforderungen aus Studium und von Arbeitgeberseite oftmals unrealistisch sind. Die Jugendlichen sehen die Zeit des Studiums und der Ausbildung als Zeit des Lernens, des Wachsens und um Selbstverantwortlichkeit zu üben. Eine Jugendliche vertrat am Ministerfrühstück für ihre Gruppe die Meinung in dem sie sagte: *„Es ist nicht Ziel von Bildung, Wettbewerb zu schaffen.“*

3.2.5 Mobilität

Die Jugendlichen im Workshop Mobilität zeigten sich sehr interessiert und austauschbereit. Lösungsorientiert erarbeiteten sie das breite Feld und arbeiteten an alternativen Konzepten. Zwei Schwerpunkte kristallisierten sich in der Arbeitsphase heraus: Die Tarife bzw. das Verbundsystem und alternative Mobilitätsangebote. Weitere angesprochene Themen waren der Ausbau der Breitbandversorgung und die Verbesserung von Fahrradwegen.

Die Arbeit in der Workshopphase verlief im regen Austausch und in lockerer Atmosphäre. Engagiert und arbeitsfreudig diskutierte die Gruppe verschieden Möglichkeiten auf Praxistauglichkeit und Umsetzbarkeit durch.

Problembeschreibung, Situation und Lösungsideen

Die Jugendlichen sehen vor allem die Situation des ÖPNV in ländlichen Regionen als schwierig an. Lange Wartezeiten, das Zusammenspiel nebeneinander liegender Verbundsysteme und damit verbunden unterschiedliche Tarife, bergen immer wieder Probleme, mit denen sie konfrontiert sind. Sie wünschen sich eine bessere Verbindung in den Abendstunden, in der Nacht, in den Ferien und am Wochenende. Zu dem sind ihnen kürzere Wartezeiten ein Anliegen. Eine Lösung sehen sie in alternativen Mobilitätsangeboten und Mitfahrzentralen, sowie in einem einheitlichen Verkehrsverbund für Baden-Württemberg.

Hier wurden von der Workshopgruppe verschiedene Modelle gegenübergestellt und angedacht.

Ein einheitlich festgelegtes Tarifsysteem im Land für Schüler und Studenten wird gefordert.

3.2.6 Jugendpartizipation

„Dass ihr in Beteiligungsprozesse eingebunden seid und wir euch auch dort erreichen, wo ihr unterwegs seid. In den Jugendclubs, Schulen, Jugendorganisationen“, ist die Forderung von Florian Wahl MdL (SPD) in der Begrüßungsrede zum Jugendlandtag 2015. Dem Thema Beteiligung und Jugendpartizipation nahmen sich zehn engagierte und arbeitsfreudige Jugendliche im Workshop an und arbeiteten an Lösungsvorschlägen und Konzepten zur Jugendpartizipation. Die Schwerpunktthemen des Workshops waren: bessere Rahmenbedingungen für Partizipation zu schaffen, Politik verständlich machen, auf Wegen die Jugendliche erreicht und Jugendliche zur politischen Beteiligung zu aktivieren.

Problembeschreibung, Situation und Lösungsideen

Die Jugendlichen vertreten klar den Standpunkt, *„trotz demografischen Wandels wieder eine stärkere Stimme bekommen“*. Schwierigkeiten sehen sie jedoch darin, Jugendliche zu erreichen und für Politik zu begeistern. Ihr Anliegen ist, *„Politik verständlich zu machen, auf Wegen, die unserer Zeit entsprechen“*. In diesem Zusammenhang wurde über die ‚Generation Internet‘ gesprochen und nach Lösungen gesucht. Oftmals fehlen den Jugendlichen die Informationen in einer Sprache, die sie verstehen. Die Arbeitsgruppe plädiert deshalb für eine jugendgerechte Kampagne, um Jugendliche für das Thema zu begeistern und sie zu aktivieren. Eine Aktivierung erfolgt in ihren Augen auch über eine Wertschätzung des Engagements, was durch entsprechende Zertifikate oder Vergünstigungen erfolgen kann.

Die Jugendlichen waren einer Meinung, dass Beteiligung, Einmischen und Mitgestalten das ist, was Jugendliche wollen. Dafür muss der entsprechende Rahmen gegeben sein. Unterstützende Möglichkeiten sehen die Jugendlichen in einer zentralen Plattform, die zum einen Angebote (Schulungen zur polit. Teilhabe und Projekte zur Demokratieerfahrung) und zum anderen vernetzende und informative Möglichkeiten bietet. Viel Wert legte die Workshopgruppe auf die sofortige Änderung der Gemeindeordnung in Hinblick auf den § 41a. Dieser Forderung wurde bei der Abstimmung für die Beschlussvorlage von den anderen Jugendlichen nicht zugestimmt. Wohingegen die Forderung der Beteiligung auf Bundesebene des Workshops Gesellschaft Zustimmung erfuhr. Beobachtend war während der Abstimmung wahrzunehmen, dass auf Grund der Zeit Rückfragen nicht mehr zugelassen werden konnten. Ein Jugendlicher aus der Themengruppe Partizipation meinte dazu im

Anschluss: „*ich war bei Jugendpartizipation und da hatten wir natürlich auch den 41a, die Änderung. Hatten wir natürlich dabei. Und wir⁶ hatten die Änderung abgelehnt, dass wir die jetzt wollen und gleichzeitig eine weitere Sache, die allgemeiner formuliert war, angenommen. Und des wäre eine Weiterentwicklung von 41a auf viel größerer Ebene. Und das ist halt dadurch entstanden, dass die Leute gar keine Ahnung hatten, über was sie da abstimmen und das find ich schade. Grad da eben haben wir so gut gearbeitet in dem Fachausschuss.*“

3.2.7 Europa

Welche Rolle spielt Baden-Württemberg in der EU? Über einen lockeren Einstieg, den Input durch den Experten Thomas Schinkel und anschließendem Austausch, wurde den Jugendlichen deutlich, dass es im Feld der Europapolitik schwierig wird, für sie Einfluss zu nehmen. Trotzdem war ihnen wichtig, eine Meinung zu vertreten und ihre Haltung an den Landtag Baden-Württembergs weiter zu geben. Das Thema Europa wurde von der Arbeitsgruppe sehr breit betrachtet. Schwerpunkte wurden in folgenden Bereichen gesetzt: Verantwortungsbereiche der EU, Flüchtlingspolitik, Transatlantisches Handelsabkommen (TTIP).

Problembeschreibung, Situation und Lösungsideen

Während der Themenbearbeitung wurde schnell deutlich, die übergeordnete Rolle der Europäischen Union herauszustellen und an die Übernahme ihrer Verantwortung zu appellieren. In Bezug auf die Flüchtlingspolitik regen die Jugendlichen an, dass die EU als eine Einheit auftreten muss und sich solidarisch zeigen soll. Ausbaufähig sehen die Jugendlichen das Auftreten der EU bei internationalen Konflikten und Krisen. Hierbei wünschen sie sich, dass die Europäische Union mehr Verantwortung übernimmt und klar Stellung bezieht. Eine einheitliche Lösung und Einigung in Bezug auf Griechenland und die Währungspolitik im Allgemeinen ist ihnen ein großes Anliegen. Der beschränkte Einfluss auf Landesebene zum Thema TTIP wurde den Jugendlichen schnell deutlich. Trotzdem ist es ihnen ein Anliegen, dass sich verstärkt für den Verbraucher eingesetzt wird und Informationen nicht zurückgehalten werden. Sie bitten um die Vertretung dieses Anliegens an entsprechende Stelle. An vielen Punkten der Ausarbeitung machten die Jugendlichen deutlich, dass das übergeordnete Thema Europa sehr komplex ist und sie sich mehr jugendgerechte Information zur Europapolitik wünschen würden.

Grundsätzlich war den Jugendlichen wichtig, dass es langfristig ein Zusammenhalt der

⁶ Anm. mit ‚wir‘ sind alle Jugendlichen in der Abstimmung gemeint.

Mitgliedsstaaten gibt und sie sich solidarisch erklären, sich gegenseitig unterstützen und gemeinsame Ziele verfolgen.

3.2.8 Ehrenamt bzw. ehrenamtliches Engagement

Im Konsens arbeiteten die Jugendlichen im Workshop Ehrenamt. Drei Schlüsselfaktoren wurden in der Arbeitsphase von den Jugendlichen ermittelt: Zeit, Unterstützung/Förderung und Anerkennung.

Problembeschreibung, Situation und Lösungsideen

Das Feld, sich ehrenamtlich einzubringen und zu engagieren sehen die Jugendlichen als enorm groß. Viele sind bereits in Jugendorganisationen und Jugendeinrichtungen, Vereinen und in Projekten aktiv. Sie äußern jedoch, dass durch die momentane Entwicklung in der Schulpolitik das Engagement zeitlich stark eingeschränkt wird. Ganztageschule und G8 machen es den Jugendlichen schwer, sich einzubringen und ehrenamtlich aktiv zu werden. Sie wünschen sich, dass die Schule Engagementformen unterstützt und in den Schulalltag integriert. Die Jugendlichen erkennen einen hohen Wert, sich freiwillig zu engagieren. Sie vermissen eine höhere Wertschätzung und Anerkennung der Tätigkeit. Unterstützung und Anerkennung sehen die Jugendlichen in einem Nachweis der Tätigkeit, der in Studium oder bei der Berufsfindung Beachtung findet, sowie in Zertifizierungsmöglichkeiten, Schulungen und in Personen (z.B. Anlaufstellen), die Engagement fördern. Von großer Bedeutung ist ihnen das Ansehen und den Stellenwert von ehrenamtlichem Engagement zu steigern. Einig waren sich alle im Workshop Beteiligten darüber, dass dafür bessere Rahmenbedingungen (Zeit, Anerkennung, Unterstützung) geschaffen werden müssen.

3.2.9 Umweltpolitik

Engagiert nahmen sich neun Jugendliche im Workshop Umweltpolitik dessen Themen an. Nach einem Input zur Energiewende durch den Experten Tobias Bach sammelten die Jugendlichen die für sie relevanten Themen. Folgende Schwerpunkte kristallisierten sich dabei heraus: Erneuerbare Energien, Müllvermeidung, Konsumverhalten, Verkehr/Grünflächen.

Problembeschreibung, Situation und Lösungsideen

Problemfelder wurden in vielen Bereichen der Umweltpolitik erkannt. Eine zunehmende Vermüllung in Zusammenhang mit einem geringen Problembewusstsein und gedankenlosem Umgang mit Ressourcen, sehen die Jugendlichen als problematisch. Die Arbeitsgruppe

beschäftigte sich damit, wie ein Umdenken in der Bevölkerung aktiviert werden kann. Lösungen wurden auf zwei Ebenen angestrebt. Was kann die Zivilgesellschaft tun und was muss von Seiten der Politik passieren? Zivilgesellschaftlich muss Lobbyarbeit für die Umweltpolitik betrieben werden. Vereine und Gruppierungen sollen darin unterstützt und bestärkt werden Aktionen und Projekte im Umweltbereich durchzuführen (Informations- und Aufklärungsveranstaltungen, Aktionen vor Ort, wie z.B. Stadtputz). Institutionen des Landes sollen ihre Vorbildfunktion wahrnehmen. Dazu Bedarf es (finanzielle) Unterstützung für Gruppierungen, die in diesem Bereich tätig sind, und Regelungen durch die Politik. Konkret fordert die Gruppe eine Verpackungssteuer im Einzelhandel, *„damit die Leute auf nachhaltige Ressourcen umsteigen sollen. Also dass diese Sachen zum Beispiel steuerfrei sind und dadurch auch der Müll vermieden wird.“* Durch Vorgaben und Unterstützungen der Politik soll ein Umdenkprozess über die Zivilgesellschaft an den Einzelnen herangetragen werden. Dabei spielt in den Augen der Jugendlichen die Energiewende eine mitentscheidende Rolle. Diese muss konsequent weiter verfolgt werden.

3.2.10 Gesellschaft

Im Themenbereich Gesellschaft kommen verschiedene Einzelthemen zum Tragen, womit es als Querschnittsbereich gesehen werden muss und Überschneidungen zu den anderen Workshops gegeben sind. Die Arbeitsgruppe Gesellschaft nahm sich der Frage an, was in Bezug auf Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung geschehen muss. Folgende Schwerpunkte wurden dabei gesetzt: Nachhaltige Ressourcennutzung, Verbraucherschutz, Beteiligung und die Förderung des ländlichen Raums.

Problembeschreibung, Situation und Lösungsideen

Die Förderung des ländlichen Raums sehen die Jugendlichen darin, Abwanderung zu Vermeiden und eine gut erreichbare Infrastruktur zu schaffen. Eine konkrete Lösung sehen die Jugendlichen darin, dass die Politik bestrebt sein muss, Schulen im ländlichen Raum zu erhalten.

Zum Schwerpunkt nachhaltige Ressourcennutzung bemängeln die Jugendlichen die Denkweise der Wegwerfgesellschaft. Hier wurden Parallelen zum Workshop Umweltpolitik deutlich gemacht. Eine Lösung sehen die Jugendlichen in der Einführung einer Steuer auf Plastik und nicht-recyclebare Verpackungen.

Auch in diesem Workshop wurde das Transatlantische Handelsabkommen thematisiert. Den Jugendlichen ist auch hier bewusst, dass es *„auf Landesebene noch nicht wirklich Einfluss hat, aber wenn man hier nicht drüber spricht, dann hat man eigentlich überhaupt kein Einfluss.“* Wichtig ist den Jugendlichen hierbei, dass eine Transparenz geschaffen wird und

dass darüber hinaus der Verbraucherschutz gestärkt wird. Es besteht die Angst, dass TTIP *„die Verbraucherschutzgesetze, sozusagen beinahe außer Kraft setzen könnte.“*

Ein wichtiger Faktor im Bereich der nachhaltigen Entwicklung sehen die Jugendlichen in ihrer Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen, nicht nur auf kommunaler und Länderebene, sondern auch auf Bundesebene. Hier wird mindestens ein Rede- und Antragsrecht auf allen politischen Ebenen gefordert.

3.3 Atmosphäre, Beteiligung und Zusammenarbeit

3.3.1 Atmosphäre im Jugendlandtag

„Ist wirklich eine gute Stimmung hier“, das verbreitete der Jugendlandtag. Viele Jugendliche kamen in Stuttgart an, ohne jemanden der anderen delegierten Jugendlichen zu kennen. Trotzdem fand unter den Beteiligten jeder Zeit ein guter Austausch statt. *„Ich bin ganz alleine hier her gekommen. Im Landkreis R. durfte immer nur einer pro Schule her. Und man hat sich so gleich gefunden einfach. Auch grad von Landkreis zu Landkreis und trotzdem auch jetzt so untereinander.“*

Der persönliche Austausch untereinander war den Jugendlichen dabei ein großes Anliegen. Zu Beginn bot der **Gallery Walk** Zeit für ersten Austausch und Kennenlernen. Hier kamen die Jugendlichen ungezwungen über die Themen der jeweiligen Konferenzen ins Gespräch. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wurden Pausenzeiten und die Zeit am Abend in der Jugendherberge für Gespräche und Austausch unter den Jugendlichen rege genutzt. *„Ich fand gut, dass wir uns auch untereinander austauschen konnten und auch Punkte ansprechen konnten, wo ich jetzt persönlich nie auf die Idee gekommen wäre, aber andere das angesprochen haben. Und so hat man einfach weiter denken können.“*

Die **Abstimmung über die Forderungen** im Foyer im Haus der Abgeordneten ging im engen Zeitplan unter, was auch bei den Jugendlichen spürbar war. *„Aber ich glaub das war von der Organisation gar nicht richtig eingeplant, da jetzt wirklich eine Debatte zu führen. Das müsste man halt einplanen.“* Die Jugendlichen nahmen auf dem Boden des Foyers im Haus der Abgeordneten Platz, je Arbeitsgruppe waren sechs Minuten veranschlagt, um ihre drei Forderungen aus der Gruppe vorzustellen, Rückfragen zu beantworten und über die Forderungen abzustimmen. Aus der Beobachtung wurde wahrgenommen, dass die Jugendlichen mehr Zeit für Austausch und Rückfragen an die Themengruppen benötigt hätten. Des Weiteren war zu bedauern, dass das Finale, die Abstimmung über die Forderungen, nicht wie der bisherige Programmverlauf in einem der Räume des Landtags, den Fraktionszimmer oder dem Plenarsaal stattfinden konnte, sondern auf dem Boden sitzend im Foyer durchgeführt wurde.

Die jungen Moderatorinnen und Moderatoren sprechen Jugendliche an. Die Auswahl der Moderatorinnen und Moderatoren war entscheidend für die Jugendlichen. Hier haben sie sich angesprochen gefühlt und fassten Mut, mitzudiskutieren und ihre Ideen einzubringen. Deutlich spürbar war, wie ernst genommen und bestätigt sich die Jugendlichen in ihrer Arbeit fühlten. *„War extrem genial mit den Politikern reden zu können. Und vor allem, wir haben sehr viel Energie rein gesteckt, jetzt einfach unsere Forderungen auszuarbeiten. Und sicherlich, wir haben unsere Gedanken, aber das an Politiker herantragen zu können und eine konstruktive Kritik zu bekommen und einfach auch gesagt zu bekommen, es funktioniert. Man muss was tun. Das ist einfach eine Bestätigung, was gut tut.“* Diese Bestätigung ihrer Arbeit spiegelte sich in der Motivation und dem Engagement der Beteiligten in der Veranstaltung wieder.

3.3.2 Beteiligung, Motivation und Engagement der Jugendlichen

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Jugendlichen die Arbeit in den Workshops als sehr gut und produktiv empfanden. Beobachtungen, die in allen Workshops gemacht wurden, zeigten ebenfalls, dass die Jugendlichen mit hoher Ernsthaftigkeit und dennoch viel Spaß und Engagement bei der Sache waren. Die Rückmeldung der Moderatorinnen und Moderatoren aus den Themengruppen ergaben ebenfalls, dass aus den Gruppen viele Ideen kamen, die dort auch kontrovers diskutiert wurden. Durch den offenen Umgang untereinander und von Seiten der Politiker fanden direkte Gespräche zwischen den Jugendlichen und den Anwesenden aus der Politik und ein Dialog auf Augenhöhe statt.

Politikinteressierte Jugendliche

Ein großer Teil der Jugendlichen war bereits in den Regionalkonferenzen vor Ort beteiligt. In vielen Fällen sind die Jugendlichen aber auch in anderen jugendpolitischen Beteiligungsformaten aktiv (Jugendgemeinderat, Jugendforum, Projekte etc.) und wollen etwas bewegen. *„Ich bin da ganz spontan dazu gekommen, dass ich hier mitgehe, weil ich bei mir daheim im Projekt ‚Jugendarbeit im ländlichen Raum‘ bin. Da wurde ich gefragt, ob ich mitgehen möchte.“*

Die Begegnung und der direkte Austausch waren den Jugendlichen wichtige Anliegen. Ein Jugendlicher bemängelte: *„Wir bekommen die Politiker kurz vor den Wahlen und sehen sie dann nie wieder, bis die nächsten Wahlen sind.“* Der direkte Kontakt zur Politik und das Gefühl gehört zu werden, motiviert Jugendliche und sie sehen einen Wert in ihrer Arbeit. *„Ich denke mal, ein Wert hatte alles. Es war alles sehr gut. Sehr interessant, sehr spannend. Und was mir auch wirklich gefallen hat, war heute früh dieses Frühstück mit den Ministern, weil das ist auch mal etwas anderes. So nah kommt man so Leuten sonst auch nicht.“*

Beobachtungen, die über den gesamten Jugendlandtag gemacht wurden, ergaben ebenfalls ein Bild von Jugendlichen, indem sich diese als sehr politikinteressiert zeigen. In Pausenzeiten, sowie in den Abendstunden in der Jugendherberge setzten sich Austausch und Diskussionen über die Themenbereiche und die Politik im Allgemeinen fort. Dabei wurde deutlich, dass die Jugendlichen über ein breites Wissen, der Themenbereiche im Einzelnen, wie auch der Politik im Allgemeinen, verfügen. *„Ich war sehr positiv überrascht über das Wissen und das Engagement der Jugendlichen hier an meinem Tisch, ich hatte nämlich Jugendliche aus Meßstetten, Sigmaringen und Freiburg hier, die auch schon bei den Bürgerversammlungen waren und sich die Themen eben sehr genau angeschaut haben. Sie kennen übrigens auch die Diskussionen, die es zwischen den Parteien gibt“* (Ministerin für Integration Bilkay Öney).

Themen mit eigenem Bezug

Den Jugendlichen war es möglich bei der Anmeldung zum Jugendlandtag ihr Favoriten-Thema zu wählen. So wurde gewährleistet, dass sich diejenigen Jugendlichen in den Workshops engagieren, die ein Interesse am Thema haben. *„Ich war in der Gruppe Schulpolitik. Und ich war in der Gruppe, weil ich diese Jahr mein Abitur gemacht habe und ich sowohl allgemeinbildendes Gymnasium mitgemacht hab als auch das berufliche und ich einen Bruder habe, der auch auf das berufliche gegangen ist und ich finde, dass man in der Schulpolitik noch vieles verbessern könnte. Und deswegen war ich da.“* Der direkte Bezug zu oder das Interesse an einem Thema waren wichtig für das lösungsorientierte Arbeiten. Dadurch wurden Bereiche kontrovers diskutiert und neue Perspektiven eröffnet. Verkehrsminister Hermann äußerte dazu: *„Jugendliche haben einen anderen Blick auf Politik, weil sie anders betroffen sind.“* Der themenbezogene Austausch ist für die Jugendlichen von Bedeutung.

Lernerfahrung

Der Jugendlandtag hat gezeigt, dass Jugendliche dann motiviert und engagiert an einem Thema arbeiten, wenn sie für sich einen Mehrwert erfahren. Zum Beispiel ihre Themen und Anregungen aufgegriffen werden, aber auch, wenn sie für sich etwas Neues dazu lernen. *„Ja, also doch. Es hat sehr viel Spaß gemacht und ich würde es auf jeden Fall noch mal machen. Ich habe wirklich sehr viel dazu gelernt und das war echt ne gute Sache.“* Außerschulische und politische Jugendbildung sind Felder, die das ermöglichen. *„Uns hat es Spaß gemacht, auf jeden Fall. Hat Spaß gemacht zu diskutieren und es war sehr informativ. Man hat viel dazu gelernt.“*

Wie geht es weiter?

Wichtig war den Jugendlichen in den Gesprächen und aus der Beobachtung, dass ihre Arbeit im Jugendlandtag nicht umsonst gewesen ist, sondern, wie es auch vermittelt wurde, ernst genommen und gehört wird. Eine Jugendliche sagte dazu folgendes: *„Und was ich wirklich sehr sehr hoffe. Was uns jetzt auch nicht gesagt wurde, ist, dass die Unterpunkte, also wir durften jetzt ja nur drei Punkte nennen, aber ich finde, dass die Punkte, die wir noch aufgezählt haben, sehr sehr wichtig sind und dass die nicht verloren gehen. Da weiß ich jetzt aber nicht, wo die hinkommen. Das finde ich noch problematisch.“*

3.3.3 Zusammenarbeit mit den Politikern und Haltung der Politiker

„Dass man das Gefühl hat, man wird ernst genommen. Und dass man auch das Gefühl hatte, die nehmen das wahr. Die hören das nicht nur und denken 'ja, hm, ok. Die sehen das so, ich seh das anderster und fertig.' Sonder, dass sie das wahrnehmen.“

Das Empfinden einer Jugendlichen spiegelt die Meinung aller aus Befragungen und Beobachtungen des Jugendlandtags wieder. Das Gesamtbild zeigt eine offene und ehrliche Politik, die nicht versuchte sich recht zu fertigen, sondern den Jugendlichen auf Augenhöhe begegnete und die Ideen und Anliegen der Jugendlichen durchaus ernst nahm. Die Haltung der Politik mit seinen anwesenden Vertretern und Vertreterinnen wurde im Ganzen als sehr wertschätzend, interessiert und positiv empfunden.

Eröffnung und Begrüßung

Landtagspräsident Wilfried Klenk eröffnete den 4. Jugendlandtag und würdigte in seiner Ansprache und durch die Eröffnung der Sitzung die jugendpolitische Beteiligung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Er, wie auch die jugendpolitischen Sprecher bzw. ihre Vertreter machten den Jugendlichen Mut, die Diskussion und auch Konfrontation mit den Politikern im Jugendlandtag zu suchen. *„Demokratie ist ein Wettbewerb der Ideen“* (Wilfried Klenk). In den Eröffnungsreden wurde von allen deutlich gemacht, dass die Politik wünscht, dass Jugendliche sich beteiligen und wissen wolle, was sie bewegt. Landtagspräsident Klenk, sowie die jugendpolitischen Sprecher waren gespannt auf neue Perspektiven und Blickwinkel, die die Jugendlichen einbringen und äußerten großes Interesse an dem zu erwartenden Positionspapier. Die Eröffnung wurde von den Jugendlichen als herzlich, ernstgemeint und interessant wahrgenommen.

In den Arbeitsgruppen

In den meisten Themengruppen wurden die jeweiligen Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker als Rat- und Antwortgeber erlebt. Der einstündige Austausch mit den Abgeordneten fand

nach einer dreistündigen intensiven Arbeitsphase statt. In vielen Gruppen konnten lediglich die bis dahin erarbeiteten Ergebnisse präsentiert werden. Eine (kontroverse) Diskussion fand in wenigen Workshops statt. Im Austausch mit den Jugendlichen traten die Politikerinnen und Politiker animierend und motivierend auf und waren interessiert an den Beiträgen und Ergebnissen aus der Arbeitsphase. Die Meinung der Jugendlichen fand Gehör und wurde geschätzt. Bei der Überreichung des Positionspapiers im Anschluss an die Debatte am 15.07.2015 waren noch einige Abgeordnete anwesend und suchten auch nach der Veranstaltung noch das Gespräch mit den Jugendlichen.

Das Ministerfrühstück

„Dafür dass das eine Jugendherberge ist, haben sie sich ordentlich ins Zeug gelegt, was das Essen angeht. Und ich fand es cool, dass die Politiker so offen und ehrlich waren und nicht so viel versucht haben sich zu rechtfertigen, sondern auf die Jugendlichen, eigentlich, zum größten Teil eingegangen sind.“ Das Ministerfrühstück fand bei den Jugendlichen großen Zuspruch. Die Jugendlichen hatten die Möglichkeit in lockerer Atmosphäre in den direkten Austausch zu gehen und thematisch nachzufragen. An allen Tischen wurde rege diskutiert und Meinungen ausgetauscht. Über den eigenen Bezug der Themen, den die Jugendlichen mitbrachten, konnten sie Aspekte und Punkte einbringen, welche die beteiligten Ministerinnen und Minister interessiert aufnahmen. Die anwesenden Ministerinnen und Minister äußerten sich durchweg positiv über die Arbeit und das Interesse der Themengruppen und betonten deren Wichtigkeit und die Notwendigkeit weiterer gemeinsamer Dialoge. Dies wurde in den Abschlussstatements deutlich:

„Für mich war das Gespräch jetzt ganz wichtig, weil ich ganz viele Dinge erfahren habe, die mir seither so nicht bewusst waren“ (Sozialministerin Katrin Altpeter).

„Alles sehr sehr spannende Fragen, die mir zeigen, dass die Schülerinnen und Schüler, die hier am Tisch saßen genau die Punkte auch als wichtig erachten, die wir in der Politik umsetzen wollen“ (Kultusminister Andreas Stoch).

„Ja, das war eine intensive Stunde und traurig ist eigentlich, dass wir nicht einfach sagen können, wir sagen die erste aktuelle Debatte im Landtag heut morgen einfach ab und machen hier weiter. Weil ich finde, wir bräuchten hier noch eine Stunde Zeit... Ich fand das jetzt hochspannend und würde das jetzt auch liebend gerne weitermache.“ (Umweltminister Franz Untersteller).

„Es hat mich positiv und erstaunlich überrascht, dass einmal die Veränderung unserer

Gemeindeordnung, der Paragraph 41a, hier doch so einen hohen Stellenwert hat. Dass die Jugendlichen sehr erwarten, dass das jetzt umgesetzt wird“ (Staatssekretärin Gisela Erler).

„Das war eine ganz spannende dreiviertel Stunde. Ich wünsche mir mehr davon!“ (Wissenschaftsministerin Theresia Bauer).

„Und es gibt Anlass, darüber nachzudenken, über das was wir geredet haben“ (Justizminister Rainer Stickelberger).

„Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Teilnehmer an meinem Tisch sehr interessiert gewesen sind. Das hat mir gezeigt, dass der Spruch ‚Jugend würde sich nicht für Politik interessieren‘, einfach falsch ist! ... Ich würde mir ganz einfach wünschen, dass wir immer wieder Gelegenheit haben mit jungen Leuten in den Austausch, in den Diskurs zu kommen“ (Innenminister Reinhold Gall).

„Jugendliche haben einen anderen Blick auf die Politik, weil sie anders betroffen sind“ (Verkehrsminister Winfried Hermann).

„Ich war sehr positiv überrascht über das Wissen und das Engagement der Jugendlichen“ (Ministerin für Integration Bilkay Öney).

„Bleiben wir im Gespräch. Politik lebt vom Austausch“ (Landtagspräsident Wilfried Klenk).

4. Die Beschlussvorlage

In den Arbeitsgruppen wurden die Themen während der zwei Tage des Jugendlandtags intensiv bearbeitet und Beschlussvorschläge formuliert. In einer gemeinsamen Abschlussitzung der Jugendlichen wurden diese von den Themengruppen vorgestellt, den delegierten Jugendlichen zur Abstimmung vorgetragen und das Ergebnis der Forderungen als Positionspapier dem Landtag von Baden-Württemberg überreicht. Die nachfolgenden Formulierungen der Beschlüsse wurden von den Arbeitsgruppen übernommen und vom Landesjugendring Baden-Württemberg in einen Rahmen gebracht.

Flüchtlingspolitik

„Flüchtlingspolitik, das ist so aktuell und es betrifft eigentlich jeden. Wir sehen das auch in kleinen Gemeinden, dass die Menschen sich verunsichert fühlen und da ist einfach noch sehr viel Aufklärung gefragt“ (RK Baden-Baden; Z 96ff).

Unsere Forderung ist, dass Asylbewerber, die bereits in ihrem Herkunftsland eine schulische beziehungsweise eine berufliche Ausbildung abgeschlossen haben, die Möglichkeit bekommen eine einjährige Schulung zu absolvieren, welche in Verbindung mit der bereits vorhandenen Ausbildung gleichermaßen anerkannt wird. Dies soll wie eine abgeschlossene Berufsausbildung in Deutschland behandelt werden.

→ Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.

Wir fordern eine ganzheitliche Integration von Flüchtlingen. Dies soll nicht nur durch Sprachkurse, sondern auch durch Freizeitaktivitäten, (Aus-) Bildung und Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. So kann Sprache durch Praxis besser gelernt werden.

→ Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.

Wir fordern, dass die Aufklärung über die Situation der Flüchtlinge zur Prävention und Bekämpfung von Vorurteilen in der Gesellschaft gegenüber Fremden von der Politik stärker unterstützt wird. Dies soll durch die explizite Einbindung der Flüchtlingsthematik in den Bildungsplan, sowie die finanzielle Unterstützung von Aufklärungsprojekten, wie beispielsweise Informationsveranstaltungen, Diskussionsrunden und Erlebnisberichten von Flüchtlingen, geschehen.

→ Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.

Wir fordern, dass Länder wie Italien, Spanien und Griechenland entlastet werden und die Flüchtlinge besser auf die europäischen Länder verteilt werden, sodass auch Deutschland mehr einbezogen wird.

→ Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.

Integrationspolitik

Das Thema Integrationspolitik wurde auf einigen Regionalkonferenzen gemeinsam mit der Flüchtlingsthematik besprochen. Hierbei ging es vor allem um die Unterbringung und die Jobsuche von Flüchtlingen.

Zudem wurde innerhalb dieses Themenbereichs über das Thema Inklusion von benachteiligten Gruppen in unserer Gesellschaft gesprochen.

Wir fordern, dass in den Bildungsplänen in Baden-Württemberg Diskussionsmöglichkeiten zum Thema sexuelle Orientierung geschaffen werden.

→ Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.

Wir fordern die Sensibilisierung für die Situation von Menschen mit körperlicher- und geistiger Beeinträchtigung, durch die Förderung von Projekten, die über die Situation dieser Menschen aufklären sollen, sowie eine breitere Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema.

→ Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.

Wir fordern mehr Geld für das Integrationsministerium in Baden-Württemberg für die Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen und für die Förderung von Begegnungsprojekten.

→ Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.

Schulpolitik

„Ich finde gerade ist ein ziemliches Chaos was bei uns in Baden-Württemberg so abgeht. G8, G9, Grundschulempfehlung gibt es nicht mehr und mit den Gesamtschulen und so" (RK Rottweil; Interview C; Z 25 ff).

Wir sehen es als Problem an, dass das aktuelle Bildungsangebot der Schulen in Baden-Württemberg unserer individualisierten Gesellschaft nicht gerecht wird. Darum fordern wir ein modulares Kurswahlssystem, dessen Ziel die Förderung individueller Fähigkeiten ist.

→ *Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.*

Wir sehen es als Problem an, dass Schülerinnen und Schüler aufgrund ihres Lebensortes oder anderer Faktoren in der Wahl zwischen G8 und G9 eingeschränkt sind. Deshalb fordern wir eine Anpassung der G9-zulässigen Schulen an die Nachfrage der Schülerinnen und Schüler.

→ *Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.*

Wir sehen es als Problem an, dass Persönlichkeitsbildung und (gesellschafts-) kritisches Denken nicht genügend gefördert werden. Deshalb fordern wir frühere und stärkere ethische und politische Bildung und Vermittlung der Grundwerte des sozialen Zusammenlebens.

→ *Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.*

Hochschulpolitik

Hochschulpolitik wurde von den Jugendlichen dahingehend thematisiert, dass die Schule die Jugendlichen gezielter auf das Studium und die Ausbildung vorbereiten soll.

Ein weiterer kontrovers diskutierter Aspekt in diesem Themenbereich war die faire und gleiche Behandlung von Studium und Ausbildung.

Angemessene Ausbildungsvergütung! Wir wollen gezielte Unterstützung für unsere Ausbildungen in Baden-Württemberg durch Berufsvorbereitung, kompetente Berufsberatung sowie mehr Vergünstigungen für alle Auszubildenden!

→ *Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.*

Wir fordern die Herabsetzung des Numerus Clausus an Fach- und Hochschulen und die Einführung und Förderung von Eignungstests in Baden-Württemberg.

→ *Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.*

Wir wollen Bafög für jedermann, jederfrau! Die Gewährleistung von eltern- und einkommensunabhängiger Grundsicherung muss sichergestellt sein!

→ *Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.*

Mobilität

„Ich konnte meinen Ausbildungsplatz nicht annehmen, den ich unbedingt machen wollte, weil ich ihn mit den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht erreichen konnte ohne morgens um 4 loszufahren, das ist schon echt uncool“

(RK Künzelsau; Bb).

Neben der Verbesserung beim Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere in ländlichen Regionen, war ein weiteres Thema der Breitbandausbau in Baden-Württemberg.

Wir fordern eine bessere Busverbindung im ländlichen Raum, vor allem spät abends und in der Nacht, an Wochenenden und in den Ferien.

→ *Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.*

Wir fordern die Einführung von festgelegten Schüler- und Studententariifen für den öffentlichen Nahverkehr. Hierfür wäre eine finanzielle Unterstützung des Landes notwendig.

→ *Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.*

Wir fordern mehr alternative Mobilitätsangebote, die den Fokus auf die Verzahnung von ÖPNV und der Mobilität von Privatpersonen legen sollen. Darüber hinaus fordern wir eine engere Zusammenarbeit dieser Bereiche. Dies kann z.B. durch Fahrgemeinschaftsplattformen oder Rufsysteme geschehen.

→ Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **abgelehnt**.

Jugendpartizipation

Jugendliche wollen gehört werden. Sie fordern: „Das Problem ist nicht unbedingt die Informationen, sondern vielmehr die Bereitschaft der Kommunen etc., die Forderungen dann so durchzuziehen, wie wir das gefordert haben. Das ist immer der Knackpunkt bei diesen öffentlichen Institutionen“ (RK Aalen; Z 82ff).

Wir fordern eine Werbekampagne, die Jugendliche für Politik begeistern soll! Diese muss von Jugendlichen für Jugendliche sein und auf den Prinzipien: Freiheit, Möglichkeit, Wille, Fortschritt beruhen.

→ Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.

Wir fordern, dass Engagement von Jugendlichen durch angemessene Belohnung und Zertifikate wertgeschätzt wird.

→ Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.

Wir fordern die sofortige Änderung von §41a der Gemeindeordnung! Dadurch müssen Jugendliche in allen kommunalen Belangen, wie zum Beispiel Haushalts- und Städteplanung mit einbezogen werden.

→ Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendlandtags mehrheitlich **abgelehnt**.

Europa

In einigen Regionalkonferenzen wurde diskutiert, welche Rolle Baden- Württemberg in der EU spielt bzw. spielen soll. Der Wunsch nach mehr Solidarität im Bezug auf die Währungs- und Flüchtlingspolitik im europäischen Raum wurde von einigen Jugendlichen bei den Regionalkonferenzen geäußert.

Auch das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP ist bei den Jugendlichen ein Thema, welches für Diskussionen sorgte.

Die EU sollte bei internationalen Konflikten/ Krisen mehr Verantwortung übernehmen!

→ Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.

Die EU sollte ein No-Spy-Abkommen zur Bedingung für die Aushandlung der TTIP-Verhandlungen machen!

→ Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.

Um eine starke wirtschaftliche und politische Union zu bleiben, soll die EU sich stärker um einheitlichere Antworten und Meinungen bemühen.

→ Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **abgelehnt**.

Ehrenamtliches Engagement

Jugendliche sehen viele Möglichkeiten sich zu engagieren und einzubringen. Viele sind in örtlichen Vereinen, (selbstverwalteten) Jugendeinrichtungen, Jugendorganisationen, Initiativen und Projekten oder als Jugendgemeinderäte aktiv. Problematisch finden die Jugendlichen vor allem die Entwicklung in der Schulpolitik. Oft bleibt in Folge von Ganztagschulen und G8 keine Zeit mehr für ihr Engagement. Außerdem wünschen sich die Jugendlichen mehr Anerkennung für ihr ehrenamtliches Engagement.

Wir fordern die Ehrung und Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement mit mehr Fördermitteln und Publikationen.

→ Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.

Durch die momentane Schulpolitik sind Jugendliche nicht mehr motiviert ein Ehrenamt auszuüben! Deshalb fordern wir die stärkere Einbindung des ehrenamtlichen Engagements in die Schulzeit.

→ Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.

Umweltpolitik

Das Thema Umwelt wurde bei einigen Regionalkonferenzen eingehender besprochen. Als Schwerpunkte kristallisierten sich die Bereiche Recycling, Verschmutzung im öffentlichen Raum, erneuerbare Energien und Tierhaltung/Tierschutz heraus.

Viele Jugendliche wünschen sich im Kontext der Umweltdebatte mehr Transparenz und Aufklärung zu aktuellen umweltrelevanten Themen in der Schule. Sie fordern zudem strengere Regelungen und Gesetze im Umweltbereich. Sie sprechen sich für weitergehende Überlegungen und Fortschritte in Klimafragen und Umweltschutz aus.

Wir fordern die Regulierung von Verpackungen im Einzelhandel! → Ressourcen sparen, Müll vermeiden, Recycling verbessern

→ *Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.*

Wir fordern, dass die Institutionen des Landes Vorbild in der Umweltpolitik sein müssen! → Ökostrom, Elektroautos, faire und nachhaltige Beschaffung sollten für sie gelten.

→ *Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.*

Wir fordern praktische Alternativen im Umweltbereich für den Schulunterricht! → Upcycling in Kunst, vegan kochen, Besuch von Solarparks!

→ *Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **abgelehnt**.*

Gesellschaft

Im Themenbereich Gesellschaft spielen verschiedene Einzelthemen eine größere Rolle. Dies sind zum Beispiel die Stadt-Land-Entwicklung in Baden-Württemberg und der demografische Wandel, Chancengleichheit und Inklusion, Stärkung sozialer Berufe, TTIP, Fracking und Freizeitgestaltung der Jugendlichen.

Wir wünschen uns zum Thema Wegwerfgesellschaft eine Veränderung der Gesetzeslage. Somit: härtere Recycling- Vorschriften, eine Steuer auf Plastiktüten und nicht recycelbare Verpackungen sowie mehr nachhaltige Rohstoffe.

→ *Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.*

Wir fordern, die TTIP-Verhandlungen transparenter zu gestalten, außerdem eine Stärkung des Verbraucherschutzes auf Basis neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie keine Absenkungen deutscher Standards.

→ *Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.*

Wir fordern die Einbeziehung von Jugendlichen durch mindestens ein Rede- und Antragsrecht auf allen politischen Ebenen.

→ *Diese Forderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags mehrheitlich **angenommen**.*